

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1923

7.10.1923 (No. 276)

Karlsruher Tagblatt

Verlagspreis
einjährig 45 000 000
vierteljährig 12 000 000
Einzelverkaufspreis 5 000 000

Ausgabenberechnung nach
Grundzahl für die Reichs-
Honorarstelle oder deren
Rang 200, anstandslos 240,
Familienangehörige und Be-
teiligte 100, Restmengen
900, an erster Stelle 650,
Schlüsselzahl 100 000.
Rabatt nach Tarif
Fernsprechanschlüsse:
Geschäftsstelle Nr. 18,
Verlag Nr. 21 und 297,
Zentralleitung Nr. 20,
Postfach Nr. 18,
Postfach Nr. 9547
Karlsruhe.

Badische Morgenzeitung Mit der Wochenschrift **„Die Pyramide“** **Badische Morgenpost**
„Wirtschafts- und Handelszeitung“ / „Turn- und Sport-Zeitung“ / „Unterhaltungsbeilage“ / „Literaturbeilage“ / „Für die Frauen“ / „Wandern und Reisen“ / „Die Scholle“

Redaktion: Hermann v. Koser, Verantwortlich für Politik: Fritz Gerber; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerber; für die „Pyramide“ Karl
Dobro; für Literatur: Heinrich Schier; für die „Morgenpost“: Ernst und Verena C. S. Müller, Karlsruhe, Albrecht 1, Berlin: Redaktion Dr. Richard K. Gale, Berlin-Sonnenberg, Moabit 87, Reichs-Postamt 428,
für unregelmäßige Mannschaften der Deutschen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigeschickt ist. Erscheinungstage der Redaktion: 11-12 Uhr vormittags.

120. Jahrg. Sonntag, den 7. Oktober 1923 Nr. 276

Wiederkehr.

Die neueste Regierungsstrategie wäre glücklicherweise überflüssig. Und am Ende, angesichts des Ergebnisses, wird die Welt sich fragen: wozu die Aufregung, wozu die Verwirrung in den gefährlichen Tagen, wenn nur das Alte wiederkehrt. Einige Gesichter sind neu, aber im wesentlichen ist die alte Regierung, die Regierung der vier Parteien, der sogenannten großen Koalition wiederkehrt. Auf den so viel geforderten neuen Wegen sollen also, so ist es der Wunsch des Reichstags, die alten Führer vorangehen. Deutschland wird mit dieser Methode kaum Ruhm in der Welt gewinnen. Als die Vierparteien-Regierung Mitte August nach dem Rücktritt Cuno's die Führung übernommen hat, waren wir voller Befriedigung darüber, daß nun endlich in höchster Not das Aufgehende gekommen war, was wir oft begehrt und gewünscht haben: die Regierung der großen Koalition, die Regierung, in der der Sozialist mit dem Volksparteier neben den Männern des Zentrums und der Demokratie von einem gemeinsamen großen Gedanken bewegt arbeitet. Wir haben in der Mitarbeit der Sozialdemokratie ein glänzendes Zeichen für die Zukunft des Vaterlandes, in dem Glauben, daß die Sozialdemokratie das alte, so unauflösbare Beherrschende von parteipolitischen Rücksichten in der allgemeinen großen Not überwinden habe. Wenn wir auch Gegner der sozialistischen Staatsauffassung sind, so haben wir doch nie ein Bedenken daraus gemacht, daß die Sozialdemokratie auch der sozialistischen Arbeiterpartei zur Mitarbeit im Staat eine der wichtigsten Aufgaben der inneren Politik ist.

Wir sind dieser Auffassung auch heute noch, trotzdem durch die Ereignisse der letzten Tage die Hoffnungen auf eine erfolgreiche Arbeit der Vierparteienregierung in der Gegenwart erschüttert worden sind. Wir haben vor allem durch die Erfahrung gewonnen, unsere Meinung über die Sozialdemokratie ändern müssen. Sie hat wieder in entscheidenden Augenblicken durch harte Festhalten an parteipolitischen Grundsätzen die Arbeit der Vierparteienregierung lähmende. Es ist bekannt, daß der Streit um den Achtstundentag zum Ausbruch der Krise geführt hat. Es haben sich in dem Augenblick, in dem für die Wiederherstellung der inneren Ordnung ganz klare Ziele ins Auge gefaßt werden mußten, in dem jede Parteipolitik unbedingt zurücktreten muß, Gegenstände innerhalb der großen Koalition gesetzt, die ein unübersteigbares Hindernis auf dem Weg zur Besserung sein werden. Der Gegensatz der Meinungen über die Arbeitszeit ist mehr als nur ein Einzelfall. Die Zukunft wird das zeigen. Da wir an eine Überbrückung dieser Gegensätze nicht mehr glauben, weil die Entwicklung immer mehr auf ein schroffes Entweder-Oder drängt, so ist es uns unumgänglich, mit der Wiederkehr der alten Regierung neue Hoffnungen zu fassen. Wir können nur den Optimismus des Kanzlers Dr. Stresemann bewundern, der doch offenbar hofft, daß mit der schönen Einigungsformel über die Arbeitszeit das Tor in die Zukunft geöffnet ist.

Es wird kaum jener zu erraten sein, mit welchen Gefühlen, das deutsche Volk dieser sogenannten neuen Regierung gegenübersteht, soweit es an den Vorgängen in Berlin überhaupt Anteil genommen hat. Wenn der Reichstag am Montag oder Dienstag mit Mehrheit erklärt, daß er in die Führung der neuen Regierung Vertrauen habe, so wird man wohl sagen können, daß die Meinung der Volkspartei und die Meinung des Volkes noch nie so weit auseinander gelegen haben, wie diesmal. Dieser Reichstag entspricht doch längst nicht mehr der Volkstimmung, er lebt nur von der Nichtigkeit und von der Gleichgültigkeit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber politischen Dingen. Aus dieser Nichtigkeit und der Gleichgültigkeit und aus dem Mangel wird der neue Regierungswechsel des Volkes gewiß nicht aufräumen. Es ist wahrhaftig ein Kunststück den Durchschnittsbürger zur Hoffnung zu bewegen, daß wir an einer Wendung zum Besseren stehen. Auch die Rede Dr. Stresemanns im Reichstag wird die Öffentlichkeit ohne starke Bewegung aufnehmen. Dr. Stresemann hat eine sehr lange, sehr temperamentsvolle Verteidigungsrede gehalten, aber was er darüber hinaus noch sagen konnte, ist schon zu oft gesagt worden.

Man wird vielleicht nach dem, was wir hier dargestellt haben, uns zu den Gegnern der jetzigen Reichsregierung zählen. Es wäre falsch, dies zu tun. Wir möchten gerne uns als Freunde auch der neuen Regierung bezeichnen, wenn sie irgend etwas bieten würde, wo der Glaube sich festklammern könnte. Aber wir finden nichts und sehen keine andere Möglichkeit, als die weiteren Taten dieser Regierung mit größter Sorge abzuwarten. Um des deutschen Volkes und um des deutschen Vaterlandes willen muß jedoch selbst der Gegner dieser Regierung wünschen, daß es ihr glücken möge, durch ihre Arbeit dem deutschen Volk wenigstens eine Aussicht auf den Anfang einer Besserung zu gewinnen.

Die neue Reichsregierung.

Berlin, 6. Okt. Das neue Reichskabinett setzt sich wie folgt zusammen:
Reichskanzler Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Auswärtigen Angelegenheiten beauftragt.
Reichsminister für Wiederaufbau Schmidt,
Reichsminister des Innern Sollmann,
Reichsfinanzminister Dr. Luther,
Reichswirtschaftsminister Dr. h. c. Koeth,
Reichsarbeitsminister Dr. Brauns,
Reichsjustizminister Dr. Radbruch,
Reichswehrminister Dr. Gessler,
Postminister Goelle,
Reichsverkehrsminister Deter,
Ernährungsministerium noch unbekannt,
Minister für die besetzten Gebiete Fuchs.

Die Kanzlerrede.

Nach langen und oft erfolglosen Bemühungen ist es dem Kanzler gelungen, für die Parteien der großen Koalition eine Basis zu finden, auf der sie dem Ernährungsengesetz zustimmen. Dieser Kampf um das Ernährungsengesetz, der die Regierungsstrategie herbeiführte, charakterisiert die Bedeutung des Gesetzes, das der Kanzler in seiner Rede freiste, und das der Reichsregierung weitgehende Befugnisse zur Behebung der inneren Schwierigkeiten geben wird. Nachdem Dr. Stresemann diese Einigung gelockt war, erwiderte die neue Sozialdemokratie der Regierung zwei Ministerposten. Es ist zu begrüßen, daß die Sozialdemokratie darauf verzichtet, Dr. Hildebrandt abzuweisen und gegen den entschiedenen Widerspruch der Deutschen Volkspartei kandidieren zu lassen. Der Geschäftsinhaber der Darmstädter Bank Dr. Schacht hatte die Nachfolge Hildebrandts abgelehnt. Dr. Luther, der bisherige Ernährungsminister, sprang ein. Die Berufung des Staatssekretärs Dr. Koeth, der das Hindenburgprogramm durchführte, auf den

Posten des Wirtschaftsministers wird in allen politischen Lagern begrüßt. Noch in der zweiten Nachmittagsstunde war Dr. Stresemann mit diesen Arbeiten beschäftigt. Kaum eine Stunde später gab ihm der Reichstagspräsident vor überfülltem Saale, vor einer gespannt aufhorchenden Welt das Wort zu einer hochpolitischen Rede. Dr. Stresemann war so gut wie unvorbereitet, nur an wenige flüchtige Notizen sich anlehnd. Die Rede war ganz aus dem Augenblick geboren, sie war von Temperament, von tiefer innerer Erregung, von dem ganzen schrecklichen Schwung befeuert, der den Redner und Politiker Stresemann auszeichnet. Innenpolitisch waren in erster Linie die äußerst scharfen Angriffe auf die Schwerindustrie bemerkenswert, die durch die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ seit einigen Tagen zum offenen Angriff gegen Stresemann vorgegangen war. Der Kanzler wehrte sich nicht gegen den von jener Seite erhobenen Vorwurf, daß der Parlamentarismus in diesen Tagen verlagert habe. Er schloß am Ende seiner Rede selbst den misverständlichen Parlamentarismus, der ihn so schwer behindert hat. Er machte der Schwerindustrie aber den Vorwurf, daß sie sich auf die Kritik beschränkte, statt ihre Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Vorwürfe, die Dr. Stresemann gegen den schwerindustriellen Flügel seiner eigenen Fraktion richtete, den Austritt einiger volksparteilicher Abgeordneter zur Folge haben werden. Die Ausführungen des Kanzlers über die Aufgabe des passiven Widerstandes waren eine Rechtfertigung seiner Rührpolitik. Die an Bayern gerichteten Worte, die von entgegenkommendem Verständnis für die Volkspartei getragen waren, werden hoffentlich in ihrer Bedeutung in Bayern verstanden werden und zum weiteren Ausgleich etwaiger Temperamentunterschiede zwischen Nord und Süd beitragen.

Eine bedenkliche Rede des englischen Außenministers.

London, 6. Okt. In London tagt zurzeit die sogenannte Reichskonferenz. In dieser Reichskonferenz, die seit dem Artoe alljährlich zusammentritt, beschließt die Londoner Regierung mit den leitenden Männern die großen englischen Kolonien (Kanada, Südafrika, Australien, Indien usw.) die Politik des britischen Weltreiches. Am Freitag hat in der Konferenz der englische Minister des Innern, Lord Curzon, eine große Rede gehalten, in der er auch auf die Lage in Deutschland zu sprechen kam. Die Rede ist amtlich veröffentlicht worden. Lord Curzon führte u. a. aus:

Unvergleichbar selten die optimistischen Erwartungen bezüglich der Ruhr besetzung in weitem Maße durch die Ereignisse widerlegt worden. England wünschte keineswegs die Partei Deutschlands zu ergreifen und Frankreich die Früchte zu veranlassen. Der deutsche Verzicht auf den passiven Widerstand hätte drei Monate früher erklärt werden sollen. England begrüßte den Sieg seiner Verbündeten, es habe selbst seit langem die Einstellung des passiven Widerstandes angeraten. Eines der von England vorausgesehenen Ereignisse sei eingetreten, nämlich der Anfang der seit langem gefährdeten Auflösung in Deutschland.

Lord Curzon erinnerte an die wiederholte Versicherung der französischen Regierung, daß, sobald der passive Widerstand endgültig aufgehört habe, die Zeit zu Gesprächen gekommen sein werde, und fuhr fort, soweit man sehen könne, sei

die deutsche Regierung aufrichtig und habe die von England geforderten Schritte getan. Ueber die Haltung der britischen Bevölkerung im Ruhrgebiet könne er aber nichts voraussagen. Wenn die französische Meldung zuträfe, daß der passive Widerstand nur nach Berliner Weisung geleitet worden sei, so würden keine Schwierigkeiten bezüglich der Haltung der Bevölkerung bestehen.

Lord Curzon erklärte, daß England bereit sei, die von Frankreich für die Zeit nach der Einstellung des passiven Widerstandes ausgearbeiteten Pläne freundschaftlich zu erörtern, und betonte, daß England, das Köln besetzt halte, berechtigt sei, seine vorgeschlagenen britischen Abmachungen zum Ausdruck zu bringen, solange es an der Besetzung festhalte.

Lord Curzon betonte weiter, daß England an einer wirtschaftlichen Regelung Europas in mancher Beziehung sogar mehr interessiert sei als die unmittelbaren Nachbarn Deutschlands und daher noch einem Abschluß verlange. Obwohl Englands Empfindungen stets auf seinen Seiten alten vertrauten Mäxtern ständen, habe es mit Mikhailin die Fortsetzung seiner Politik beobachtet, die keinen guten Erfolg zu verzeichnen und nur Unruhe und Unruhe hervorgerufen habe. Die im letzten Frühjahr vom Reichskanzler Cuno gemachten Vorschläge seien nicht besonders zweckmäßig gewesen. Dagegen sei ihm das auf Anregung Englands hin

Lage für eine Antwort erschienen. Die englische Regierung habe ihre Vorschläge für eine solche Antwort als unparteiisch angesehen und sei von der ungenügenden Antwort Frankreichs und der nicht viel weniger günstigen Antwort Belgiens sehr enttäuscht worden.

Das französisch-deutsche oder — wie er es vorziehen würde, zu nennen — das europäische Problem berühre nicht zwei oder drei Staaten allein, sondern alle Mächte, die am Artoe teilgenommen haben und deren Reparationen zuerkannt seien, unter ihnen nicht zuletzt das britische Reich. Die britische Regierung habe jederzeit die Ansicht vertreten, daß eine endgültige Regelung nur erreicht werde, durch eine gemeinsame Aktion und daß der Streit nicht nur ein militärischer oder politischer Konflikt zwischen den aneinander grenzenden Parteien sei. Die Reparationskommission, die auf Grund des Friedensvertrages mit der Aufgabe betraut gewesen sei, die Reparationssumme festzusetzen, habe diese auf 6600 Millionen Pfund veranschlagt, ein Betrag, der aber in Wirklichkeit in keiner Beziehung zu dem stehe, was Deutschland zahlen könne.

sondern der erstellt worden sei, indem man die Forderungen der verschiedenen beteiligten Mächte zusammengeworfen habe. Dieser Betrag, der, wie wohl bekannt sei, eine vollkommen unzulässige Forderung darstelle, von der kein vernünftiger Mensch je angenommen habe, daß Deutschland sie voll zu zahlen in der Lage sei, könne nur geändert werden durch Zustimmung aller Mächte. Die Tatsache, daß die Regierung von ihren Reichsbeamten nach ihrer Rückkehr aus Paris erfahren habe, daß die Ruhrbesetzung ihrer Ansicht nach durch die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht gerechtfertigt sei, sei von der Regierung vor ihren Alliierten niemals verheimlicht worden. Andererseits sei ein öffentlicher Gebrauch davon erst gemacht worden, als Poincaré selbst die rechtliche Frage aufgeworfen habe, indem er seinen Standpunkt gegenüber dem passiven Widerstand begründet hat.

Ueber den Friedensvertrag mit der Türkei sagte Lord Curzon u. a.: Ich glaube, daß die endgültige Wiederherstellung des Friedens im nahen Orient, wo unsere Truppen während neun schwerer sehr kostspieliger Jahre standen, die Freiheit der Meerengen und die Befreiung der Gesamtheit der arabischen Länder das Ansehen Großbritanniens in der Türkei erhöht und eine Entspannung in allen mohammedanischen Ländern zutage gebracht hat. Die Verständigung zwischen der Türkei und uns selbst ist ein befriedigendes Ergebnis. Ich wiederhole indessen, daß die Entscheidung über das Schicksal der Türkei mehr bei dieser als bei irgend jenseit jemand liegt. Ich glaube, sie wird zahlreiche Enttäuschungen erleben und einige Früchte, die sie gesammelt zu haben glaubt, werden sich als faul erweisen. Curzon schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Bemerkung, daß auf englischer Seite keinerlei Bitterkeit und nichts als der gute Wille gegenüber der Türkei bestanden habe.

Ursache und Wirkungen.

Es war am 2. Dezember 1918. Leuchtende Winterkonne lag über der deutschen Westmark und umspielte mit ihren Strahlen die alten Türme des „Goldenen Mains“. In endlosen Kolonnen zogen die deutschen Truppen von Westen heran und suchten, didaktisch gelehrt von dem hart nachdrängenden Genosse, das rechte Ufer des Rheins zu gewinnen. Jetzt sollte ein Artillerieregiment, die Suren starker Aufstellung zugeordnet, und als es des heimatischen Stromes ansichtig wurde, warfen die vom Armanen besessenen Kanoniere kurzweg ihre Kanonen über die Brüstung in den Strom. Ein Infanterieregiment, das folgte, hielt das irrsinnige Beginnen und schon stiegen die Gewehre hinterher.

Dann kam der 11. August 1919.

Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben. Das tat das deutsche Volk, das — Symbol — wenige Monate vorher seine Waffen in den Rhein warf, und dann hat dieses deutsche Volk sich vier Jahre hindurch der Errichtung seiner in der Verfassung wiedererlebten Ziele gewidmet. Es tat das mit solcher Anbrunst und Tatkraft, daß es glaubte, am 11. August 1923 diesen Tag durch Kundgebungen besonderer Art begehen zu können und zu müssen. „Noch nie“, so hieß es in der Vorrede des Reichspräsidenten, „sind wir so einig gewesen wie jetzt.“ Unter Hinweis auf die Lehren der Weltgeschichte wurde in ihr betont, daß noch nie ein Sieger im Raufsch seiner Macht Recht behalten habe. Und dann flatterten die Fahnen. Deutschland, „einig in seinen Stämmen“, feierte seinen Verfassungstag.

Warum das alles? — Vergleiche suchen!

Denke alt es nicht, anderen die Lehren der Geschichte vorzuenthalten, sondern uns selbst auf sie zu beziehen und die praktischen Folgerungen daraus zu ziehen, denn heute steht das deutsche Volk vor den Artfellen seiner Geschichte in einer Verfassung, und das erschütternde Schauspiel, das uns Berlin nunmehr seit Tagen bietet, zeigt uns, wie wenig doch tatsächlich von all dem, was diese Verfassung uns bringen sollte, in Form und Geist des Volkes übergegangen ist, und wie weisensfremd ihr gerade die heutigen Verhältnisse gegenüberstehen, die doch in erster Linie berufen gewesen wären, das neuzeitliche Erzeugnis zu wahren, zu mehren und befestigend, innen wie außenpolitisch zu wirken. Heute sehen wir, wie in jener Verfassung alles verankert wurde, nur nicht der Geist, von dem sie vor allen Dingen getragen sein sollte, heute sehen wir, daß sie uns weder Freiheit noch Gerechtigkeit, in nicht einmal Einigkeit gebracht hat. Antiquarisch können ererbte der Kanzler des Reiches seine beste Kraft, aber nicht etwa in fruchtbringenden und heftigsten Verhandlungen mit dem abweisenden Feinde, der die Zeit für sich arbeiten läßt, sondern mit den berufenen Vertretern des eigenen Volkes, verankert werden nicht das Gefühl des Reiches, die Rechte und Freiheiten seines Volkes, sondern Urfehde im eigenen Lager, Sklaverei und jedwede Unmoral, die die schäumenden Wogen einer geschnittenen und kräftezerstörenden Revolution an den Strand warfen. Wieder einmal wirkt das deutsche Volk die einzige ihm noch rettungsverheißende Waffe fort, seine Einigkeit, und bietet dem Feinde das diesem willkommen, aber überaus beschämende Bild des Stretches im eigenen Lager. Und warum geht dieser Streit? Nicht etwa um große und weitgestreckte Ziele, die tatkraftige Männer mit Scherbild, mit umfassendem Verstand und Willen uns in vaterländischen Kämpfen zu neuen Vermögen, um unsere Rettung, sondern um den kleinsten und kleinstlichen Parteikram, den diese Gedankenproduzenten aus Nord und Süd, aus Ost und West, aufzuzeigen vermögen. So prägnant man sich um vermeintlich errungene Rechte, derwelchen der Erbfeind nicht nur an den Grenzen, sondern schon im Lande steht und die Zeichen der Zeit so gut zu denken weiß, daß er der Beamten wie der Arbeiterklasse bereits die ganze Schwere seiner Faust zu spüren gibt. Man ist in Sorge um den Achtstundentag, an dem angeblich frivole Hände zu rütteln versuchen, weil die Notlage unserer Wirtschaft und die Hoffungslosigkeit des Aufstades unseres Vaterlandes zeitgemäß, den Forderungen der Stunde sich anpassende Maßnahmen erfordern. In Wahrheit denkt kein vernünftiger Mensch daran, diese Errungen-

Schaft in einer furzweg verallgemeinernden Form abzubauen, sondern es soll, um endlich das große Kernproblem von Produktion und Nachfrage zu lösen, die Arbeitsleistung den Erfordernissen, aber auch dem Maßlichen anpassbar werden, ohne daß man dadurch an den Grundgesetzen würdiger Menschenbehandlung, volkswirtschaftlicher und volksgesundheitsschützender rütteln will. Kein Mensch denkt daran, aber ein jeder, der die praktische Auswirkung des Arbeitszeitgesetzes seit nunmehr vier Jahren zu studieren Gelegenheit gehabt hat, weiß, daß gerade da am schwersten gegen den obersten Grundsatz der modernen Demokratie, die Gleichheit, verstoßen wird. Oder ist es etwa nicht so, wenn hier der eine in händiger Lebensgefahr und dauernd den schwersten Schädigungsmaßnahmen seiner Gesundheit ausgesetzt, die gleiche Fürsorge des Gesetzes genießt, wie dort der andere, von dem die Arbeit keinerlei besonderen Kräfteverbrauch fordert, oder all die vielen andern Berufe, in denen verlangte Gebanarbeit, Verantwortung und die Folgeschwere bei Verletzungen und Unachtsamkeiten so grundverschieden sind. Und nun mag man, in der Todesstunde des Vaterlandes, an dieser Errungenschaft zu rütteln, man will sie ausbauen, den Erfordernissen anpassen, und man fordert da nichts weiter, als ein Opfer, wie man es soeben erst von dem deutschen Beamtentum erhalten hat, indem man es zur Verwirklichung auf die „verfassungsmäßig wohl erworbenen Rechte“ der vierteljährlichen Vorauszahlung der Gehälter veranlaßt, weil die Forderung des Vaterlandes auch dies erheischt. Allerdings hat man auch in den Kreisen der hier Betroffenen ergründet, daß die veränderten Verhältnisse ein solches Anpassungsvermögen verlangen. Die besondere Tragik aber, die bei der Beurteilung dieser Fragen ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß unsere Wirtschaftslage zurzeit eine derartige ist, daß sie keineswegs durchgehend eine Erweiterung des Arbeitsumfanges erfordert, sondern im Gegenteil auch in großen und sonst über Konjunkturverhältnissen stehenden Betrieben zu starkem Abbau gezwungen ist. Dieser Gesetzesgedanke leitender Männer, im Verein mit andern zeitgemäßen Forderungen, sollte, zusammengefaßt unter dem Begriff eines „Ermäßigungsgesetzes“ Forderungen der Stunde erfüllen und produktionsfördernd hier, Erparnisse zeitigend dort, durchgreifende Maßnahmen auf sozialem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete erwirken. Darüber sprach in Berlin die Kabinettskonferenz, nachdem man sich soeben erst unter dem Dache einer soeben angetretenen Koalition zusammengefunden hatte. Als Leiter der Politik wurde Dr. Stresemann bestellt und die Deutsche Volkspartei, deren Fraktion der Kanzler im Parlament angehört, glaubte immer wieder darauf hinweisen zu müssen, wie groß das von ihr gebrachte Opfer sei, indem sie ihren besten Kämpfer in die Arena geschickt habe. Heute wissen wir alle, daß es in der Tat ein Opfer war, denn kaum hatte der Gedanken- und Sprachbeherrschende den Rücken gewandt, um sich größeren Aufgaben zu widmen, da brach auch schon in seinem eigenen Lager die Neide hinter seinem Rücken aus, die durch einen unerwartet unternehmenen Vorstoß weitere Kreise zog und blutige die Lage beleuchtete. Die Folgen sind bekannt. Die Kritikergerichte, die dem allgemeinen Uebelruch an dem Strohbrechen eines seine Zeit nicht vertretenden und deshalb seiner Aufgabe nicht mehr gewachsenen Parlamentes entgegen, verdrängten sich schnell. Kompromißverhandlungen in Außenbeziehungen mit dem Säulen kamen dazu, das Wort von einer bürgerlichen Diktatur durchführ die Luft, und zu den materiellen Forderungen auf sozialem, wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete stellten sich solche persönlicher Art, die neue Gegenforderungen und dadurch weitere Neigungen auslösten. Und während all das unter den Augen des Volkes vor sich ging, das diese Vorgänge mit wachsendem Mißtrauen und steigender Verbitterung verfolgte, ließ der Feind dort draußen — nein, hier drinnen — langsam seine Mühlen mahlen. Den Beamten im besetzten Gebiet wurde der Dienst auf die alliierte Regie unter neuen, ganz außergewöhnlich scharfen und ihre Charakterfestigkeit in hohem Maße auf die Probe stellenden Bedingungen abgefordert und ihre Arbeit unter die Leitung des Feindes gestellt. Der

Arbeitskraft aber bereitete man eine besondere Ueberlastung, indem man die Abschaffung des Betriebsrätegesetzes, die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit und der Akkordarbeit bei Androhung der Ausweisung und Waffengewalt kurzweg als Bedingung stellte. Das also war der Damm neben all den neuen täglichen und stündlichen Grausamkeiten dafür, daß man den Widerstand aufgab in der Hoffnung, schnellstens über Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen, einer Verständigung, die man draußen immer noch und immer wieder vergeblich suchte, weil man nicht einmal imstande ist, sich zu Hause und im eigenen Lager zusammenzufinden, sich in Ruhe und Sachlichkeit auseinanderzusetzen — die Opfer zu bringen, die das Vaterland heute von jedem einzelnen unter Zurückstellung aller Vorurteile und Ergründlichkeiten verlangt. Ist es da ein Wunder, wenn unter diesen Eindrücken dauernd schwerer außenpolitischer Enttäuschungen die Bestrebungen dabei sich immer kräftiger regen, die auf eine Gesundung unserer Verhältnisse hinarbeiten und wenn sogar das seltsam schlummernde Bürgertum aus seiner lethargie erwacht, wenigstens, um nicht zu viel zu sagen, zeit- und stellenweise erwacht? Ist es verwunderlich, daß, nachdem Poincaré eine Haltung als Dauerstellung gewählt hat, die zwar keine Verständigung, wohl aber einen vollkommenen Bruch erwarten läßt, in weiten Kreisen des deutschen Volkes diejenigen Strömungen Ueberhand gewinnen, die, getragen von der Liebe zum Vaterlande, tiefes und nicht ungerichtetes Verlangen einer Völkerverständigung über alles stellen? Und wenn dem so ist, kann es weiter verwunderlich sein, ja ist es nicht nur natürlich, daß eine Regierung, die die Zeichen ihrer Zeit deutet und erkennen muß, sich auf diese vermehrt und mit elementarer Kraft hervortretenden vaterländischen Besessungen einstellt? Die Ideen des Sozialismus und Marxismus haben uns alles das gebracht, was wir heute haben, angefangen mit den Waffen, die auf dem Grunde des Abnehmens ruhen, und sie haben uns alles das nicht gebracht, was sie in der Stunde des Völkervertrages und der 14 Punkte verheißten. Wenn deshalb in dem leidigen France- und Antwortspiel nach der „Kriegsschuld“ hier der Wahre gesucht wird, so wollen wir mit starkem Finger nach links und deuten damit auch die Richtung an, aus der uns weiteres Unheil kommen wird, wenn wir uns nicht endlich auf uns selbst und auf unsere vaterländischen Aufgaben besinnen. Inzwischen — nicht nur die Schuld, sondern auch die Folgen haben auf der Tagesordnung, und ihnen gegenüber tritt es, in die Reihe zu treten.

Wollen wir das, was wir jetzt nötig haben, erreichen, Ruhe und Ordnung im Innern, und dazu gehört vor allem Stetigkeit, die auch in unsere Wirtschaft und Währung wieder einfließen muß, so müssen wir offen gegen uns selbst sein und die Schuld nicht nur im anderen Lager suchen. Die heillose Zerissenheit des Volkes wird, wenn es so weitergeht, die Waffe der Regierung immer kräftiger und die Forderungen des Feindes immer maßloser gehalten. Vielleicht aber wird auch unter ihr ein Mann erheben, der, aus den Tiefen der Not unvermittelt emporsteigend, mit eiserner Faust und alles umfassendem Willen den Ring schmeißt, dessen wir bedürfen. So oder so — lange wird und kann es nicht mehr so weitergehen, sonst wird man das Wort von der Steuerhinterziehung durch Steigerung der Inflation infolge einer vergrößerten inneren Politik und der Schädigung des Vaterlandes auch allen denen zurufen müssen, denen jetzt das Geschick Deutschlands anvertraut ist und die durch ihr Verhalten mit schnellen Spatenstichen unter eigenes Grab schaufeln. Wenn heute der Reichspräsident noch einmal eine Botschaft wie am 11. August an das Volk richten wollte, sie müßte diesmal mit den Worten beginnen:

„Noch nie sind wir so uneinig gewesen wie jetzt.“

England und seine Dominions.

Die Reichskonferenz, die alle Ministerpräsidenten der englischen Dominions in London vereinigt, ist zu einer ständigen Einrichtung des britischen Weltreiches geworden. Sie ist erneut zusammengetreten und wird voraussichtlich ein bis zwei Monate zusammenbleiben. Für die englische Politik ist diese Konferenz von großer Bedeutung. Das britische Kabinett hat längst aufgehört, wie in früheren Zeiten der Alleinherrscher im ganzen englischen Weltreich zu sein. Die Dominions haben namentlich durch ihre Teilnahme am Weltkriege und durch ihre Unterstützung des Mutterlandes ein starkes Mitbestimmungsrecht erworben, dem die Gestaltung der englischen Weltpolitik nicht weniger unterliegt wie den Beschlüssen des englischen Kabinetts. Die Beschlüsse der Reichskonferenz sind deshalb für die englische Weltpolitik von ausschlaggebender Bedeutung.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die diesjährige Reichskonferenz in London den außenpolitischen Kurs des englischen Kabinetts im Großen und Ganzen bestätigen. Mit andern Worten: Die Politik der Reserve, die von England den europäischen Ereignissen gegenüber befolgt wird, scheint der Zustimmung der englischen Dominions sicher zu sein. Im Vordergrund des gesamten englischen Interesses steht eben heute der Ausbau des britischen Weltreiches. Man hat darin noch so viel nachgeholt, daß man darüber anderes zurückstellt, was weniger wichtig erscheint. Die englische Politik interessiert heute vor allem die Frage, wie zwischen London und den überseeischen Teilen des Imperiums in Kanada, Südafrika, Ägypten, Indien und Australien eine feste, unzerstörbare Verbindung hergestellt werden kann. Das ist im großen Umfang eine technische Frage, deren Lösung von der Schaffung ständiger Luftverkehrslinien abhängt. Es ist zum großen Teil auch eine wirtschaftliche Frage, deren Lösung sich danach richtet, ob und wie man die wirtschaftlichen und Handelsinteressen der Dominions mit denen des Mutterlandes in Einklang bringen kann. Das sind gewissermaßen häusliche Sorgen Englands. Und da dem Engländer immer das eigene Interesse am nächsten gestanden hat, so werden diese Fragen für die Reichskonferenz ausschlaggebend sein.

Ob bei alledem Zeit für die Reparationsfrage übrig bleiben wird? Sicher wird die Frage auch auf dieser Tagung eine Rolle spielen. Vorherrschend aber wird sie sicher nicht sein.

Besprechung der Ruhrindustriellen mit den Befahungsbehörden.

Paris, 6. Okt. (Eig. Drahtber.) Havas berichtet, daß am 30. September in Anna eine Versammlung der rheinisch-westfälischen Industriellen stattfand, die aus ihrer Mitte die Herren Stinnes, Kläber, den Generaldirektor der deutsch-luxemburgischen Bergwerke Böhler und den Direktor der Staatsbetriebe im Ruhrgebiet Felzer bestimmte, mit den Befahungsbehörden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet einzuleiten. Die Genannten begaben sich zunächst nach Berlin, um die Reichsregierung von ihrer Absicht zu verständigen und lehrten, nachdem sie das Einverständnis Stresemanns zur Aufnahme der Verhandlungen erhalten hatten, in das Ruhrgebiet zurück, wo sie zunächst mit Herrn Krupp von Bohlen und den übrigen Herren des Kruppdirektoriums im Gefängnis konferierten. Hier wurden sie von General Deniqués empfangen und im Anschluß daran von General Dequaitte, dem sie die Bedingungen darlegten, unter denen die Arbeiter im Ruhrgebiete im vollen Einverständnis mit den Befahungsbehörden die Arbeit wieder aufnehmen wollten. Die Delegierten sind im Anschluß an diese Besprechung gestern abend wieder nach Berlin gefahren, um die Reichsregierung von dem Ergebnis zu unter-

richten Am Quai d'Orsay wird bekümmert, daß General Dequaitte Herrn Stinnes empfangen hat. Einzelheiten fehlen in Paris über diese Zusammenkunft. Man erklärte jedoch für sicher, daß General Dequaitte ausdrücklich zu dieser Zusammenkunft ermächtigt gewesen ist.

An amtlicher Berliner Stelle waren nähere Angaben über die Verhandlungen der rheinisch-westfälischen Industriellen nicht zu erlangen. Die Herr Stinnes nachstehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestatigt unter der Ueberschrift „Ein bitterer Gang“ in ihrer heutigen Abendausgabe indirekt diese Meldung. Bezeichnend ist jedenfalls, daß für die Besprechung der Wirtschaftsführer von französischer Seite ein Vertreter des Militärs bestimmt worden ist.

Dementi.

Paris, 6. Okt. (Eig. Drahtber.) Havas dementiert die Nachricht, daß General Dequaitte Vertreter der Arbeitergewerkschaften Düsseldorf empfangen und ihnen erklärt habe, die Befahungsbehörden planten die Abschaffung des Achtstundentages und die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit im besetzten Gebiet. Die französischen Behörden kümmern sich nicht um Fragen der inneren deutschen Politik.

Vereinbarung auf einem Zechenbetrieb.

m. Münster, 6. Okt. (Drahtber.) In den Betrieben der Zeche „Reddinghausen 2“ wurde mit den Franzosen unter Zustimmung von Lebensmitteln von französischer Seite folgende Vereinbarung herbeigeführt: 1. Die Franzosen müssen sich in den unterirdischen Betrieb in keiner Weise einmischen, sondern behalten lediglich die Oberleitung in den Kokerien und Gemischen Betrieben. 2. Die Deputatskasse für die Befahungsbehörden wird freigegeben. 3. Die französischen Posten werden von der Zeche zurückgezogen. 4. Die Kokerien werden wieder in Betrieb gesetzt.

Die Forderung des Dienstfeldes.

Berlin, 6. Okt. Der Erklärung der Havasagentur, daß von den im besetzten Gebiet wieder einzuführenden deutschen Eisenbahnen die Ablegung des Zreueides nicht verlangt werde, stehen die Befahungsbehörden der französischen Eisenbahngesellschaft gegenüber, die von den deutschen Eisenbahnern vor der Dienstaufnahme ausdrücklich verlangt, daß „er sich verpflichtet und durch Dienstfeld beschwört, den alliierten Zivil- und Militärbehörden, insbesondere der Regie, in jeder Weise mit Eifer und Ergebenheit zu dienen“. Welche der beiden Parteien richtig ist, wird wohl erst noch festzustellen sein.

Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 6. Okt. Die Löhne im Kohlenbergbau betragen für die Lohnwoche vom 1. bis 8. Oktober im Ruhrbergbau 458 000 000, im obersteirischen Steinkohlenbergbau 291 600 000 und in den Kernrevieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 255 150 000 Mk. je Schicht.

Neue Ausgebungen der Franzosen.

London 6. Okt. Der Berichterstatter der „Times“ erzählt aus Düsseldorf, daß der Separatistenführer Matthes dort eine neue separatistische Kundgebung für den nächsten Sonntag plane. Er sei am Dienstag von dem französischen Oberkommissar Tirard empfangen worden, dem er eine lange Liste von Forderungen unterbreite habe, namentlich die Beschlagnahme aller Feuerwaffen der blauen Polizei im ganzen besetzten Gebiet und die Auflösung der noch übrigen grünen Polizei. Dies hätten die Franzosen auch getan. Wenn einmal Matthes die Entwaffnung der Polizei erreiche, so werde die Bewaffnung der Gruben „Sturmtruppen“ ausgeliefert sein. Inzwischen seien die Separatisten in einer anderen Art befreit, von den Franzosen einen Anteil an der reichlichen Beute zu fordern, die, wie sie erwarten, das Rheinland in etwa einer Woche werden würde.

Düsseldorf, 6. Okt. Im Leich des Schlossparkes, der abgelaufen wurde, um etwa bei den Demonstrationen am letzten Sonntag unser Leben bekommen zu finden, wurden außer Feldstechern eine große Anzahl Gummiknöpfe, Tot-



Die „Pyramide“
Wochenchrift zum Karlsruher Tagblatt
 enthält in ihrer heutigen Nummer (40) folgende Beiträge: Der heilige Baum. Ein Gleichnis. Hans Thoma zum 84. Geburtstag. Von Dr. Kurt Karl Eberle in Karlsruhe. — Eine neue Selbstbiographie Senffers. Von Werner Leberich Mayer in Durlach. — Wörte. Von Friederike Gmelin. (Wendunm.) — Die Muffel. Märchen. Von Anna Koch aus Karlsruhe. — Besuch bei Hans Thoma. Von Christian Schmitt in Karlsruhe.

Wochenplauderei
 vom Jutundus Bruttler.

Die verunkelte Glode auf dem Verchenberg.
 „Es war ein Herbsttag, wie ich keinen sah!“ Ueber bronzebraunen Wipfeln, über bleichgrünen Birken, über dunkeln Tannen, über rotflammenem Buschwerk und glühendem wilden Weingerank spannte sich ein blauer Himmel voll seltsamen Glanzes. Im Hintergrund erhob sich aus der mit Sonne gestättigten Luft, die in der Ueberreife und süßen Todesabahnung in letztem Aufsteigen ätzte, der alte ehrwürdige Turmberg, umfäumt von Nebelgäuden. Zur Rechten in wundervoller Linie der umblühende Höhenweg zum Ritterhof, der im Sonnenglanz wie eine Märchenburg hervorblühte.

Der sonst so stille und heimlichholde Verchenberg verarmte am Sonntagmittag eine bunte schaulustige Menge. Denn es waren aus der Landeshauptstadt Theaterleute gekommen, um Gerhard Hauptmanns Märchenpiel von der verunkelten Glode auf der in einer Senkung des Verchenbergs eingerichteten Naturbühne vorzuführen. Wenn man auf dem Weg zum Ritterhof beim Biergarten zur „Guten Quelle“

zur Rechten abbiegt und gefinde aufwärts schreitet, betritt man den Verchenberg. Mit dem Wort „Verchenberg“, obwohl es gewiß schön, inhaltlich begrifflich und klanglich ist und darum sofort ein anmutiges Landschaftsbild vor's Auge zaubert, ist es für einen alten Durlacher nicht getan. Der Verchenberg gehört vielmehr zu den unvergesslichen Schauplätzen einer verunkelten, nur im Traume wiederkehrenden Jugendzeit, die später, wie Hermann Hesse irgendwo sagt, zu „Heimweh, Duff und blauer Ferne“ wird.

Das Gebiet des Verchenbergs war uns Durlacher Buben zu allen Zeiten des Jahres eine trotz der Nähe der Stadt gänzlich abgeschlossene, ungehörte Welt. Denn der Boden mit dem Sandsteingeröll lag brach. In erhobenen Steinbrüchen überwucherten Zwerggewächse von Baum und Strauch in allen Farben und Formen die menschenhohe, aber tierlebensdicke, sonnüberglänzte Höhe. Im Frühling blauten dort die ersten Weiden und leuchteten die ersten Erdbeeren in seinen Senkungen und an seinen Bergseiten. Der Sommer ergoß eine unerforschliche Segensfülle über den Verchenberg. Es gab Schwalbenschwänze, Segelfalter, Admirale und auf den nahen Kartoffelfeldern Totenköpfe zu fangen, aber auch Ringelnattern und die heimlich erpöfste und gleichgültig gefürchtete Kreuzotter, deren Bisswunde man als tapferer Kenner und Indianergeschichtkenner ohne Besinnen ausgenäht hätte, um den Kameraden zu retten. Ohne Gefahr dagegen waren die grün-goldenen oder braunen Eidechsen, von denen allzu oft nur das Schwanzende in der herben Bodenhand blieb. Der lerdendstehliche Zimmberg war vor allem ein überreicher Brombeergarten, den man auch für die witterliche Nähe fruchtbar machte. Einen besonderen Reiz übten die in der Nähe liegenden Bierkeller der früheren Brauereien aus. Man stieg gar zu gern — von einem Schnupfen oder gar einer Lungenentzündung hat man nie was gehört — aus der Bruthöhle des Berges in die Grotte der Naturgeheimnisse. Zuweilen bekam man auch aus der Stube, die zuvor eine halbe Stunde in der Sonne gestellt werden mußte, einen Trunk, der ohne Dopfen uns Buben besser schmeckte als

fertiges Bier, und den wir Malzbrühe nannten. Mit dem Geruch von ungegorenem Bier steigt mir daher unwillkürlich noch heute der Verchenberg auf. Er unschließt aber noch viel mehr als solche Einzelgedenken: er ist ein unsägliches, schwebendes, taufendst klingendes Etwas, in dem unbefehrbare eine ganze, taufende und sich unbewußt vollzogene Jugendzeit in fernhallendem Melodien schwingt. Nun spielt man also nach über einem Menschenalter auf dem seiner Stille und Verborgenheit entriffenen Jugend-Verchenberg Komödie. Das hätten wir Durlacher Buben von einst uns gewiß auch gern gemüht, wenn wir überhaupt von so etwas Kenntnis gehabt hätten. „Komödie“ war für uns, wenn auf den Schloßplatz ein Seiltänzer kam oder ein Tanzbar mit einem intelligenten Hegenbod im Beckfranzösisch Vorstellungen gab, deren atemlose Spannung nur durch den drohenden Sammelsteller einen unangenehmen inneren Druck bekam. Wenn der gefürchtete Ruf um „ein kleines Douceur oder Trintgelb“ an die Herrschaften erscholl, hob die Jungmannschaft ausgelat in die Dunkelheit zurück. Eine ferne Abnung von Komödienspiel lag nur über dem „Tanzboden“ des Schloßgartens. Das war ehemals, bevor man den natürlich verwitterten alten Garten gartentechnisch „verhöhte“, d. h. der mispernden und rauenenden Welker der alten Reifendgeschichte für immer beraubte, ein etwa anderthalb Meter hoher Erdaufwurf von quadratischer Form. Er galt in der Ueberlieferung als Naturbühne für die Schäferspiele des markgräflichen Hofes. Da von wußte man also von ungefähr etwas lockend Geheimnishaftes und höchst gerigen Altem um den „Tanzboden“. (Vor vielleicht zwanzig Jahren hat in der „Zukunft“ Professor Bömer in Karlsruhe, wenn ich nicht irre, vergeblich einen Einhalt für gegen die zwiefache Abwärtung des alten schönen Durlacher Schloßgartens erhoben.)

Solcherlei ging mir in betäubender und überstürzender Gedankenrausch durch den Kopf, als ich vor der Naturbühne des Verchenbergs zu Durlach saß. Vergeblich blühte ich mich jedoch

nach ehemaligen Schulfameraden um. Eine ganz neue, durch die Industrialisierung des alten gartenreichen Lütchenbach murrende Zuhörerschaft schien es zu sein. Kaum zehn autochthone Durlacher waren zu sehen. Dagegen fiel mir ein hübschfalteriger, zigarettenraucherer Jüngling mit buntem Tuch in der oberen Brusttasche auf, der einen emaillierten Sowjetstern im Jadenauflage trug. Der Mannbus war mir sehr sympatisch. Denn, wenn es aus kommunistische Tellen geht, würde ich, B. von ihm nur gewinnen können. Besonders seine schönen gelben Stiefel könnte ich wohl gebrauchen; sie ließen mich geschmeidig den Tarisohn bei Grigner oder Sebald anstreichen. Der Name des Bühnenerbauers allerdings brachte mich sofort zum alten Durlach zurück. Er heißt Karl Weikinger. War das nicht der Inhaber der Kauferei, ohne die eine Hochzeit damals nicht möglich war? Ja, es sei ein „Sohn vom alten Weikinger“. Da es mit der Fahrwerkerei nicht mehr so recht gehen wollte, hat der unternehmungstapferere Mann, nachdem er sich zunächst mit seinen musikalischen, autodidaktischen Talenten durchgeschlagen, auch an einer Erfindung gearbeitet, mit eigenen Händen und ganz allein die Bühne auf dem Verchenberg hergeholt. Das ist also ein echter und dazu kultureller Durlacher, nämlich ein solcher, der gleich den eigentlichen Seidwollern aus dem Troit des Perkommenes heraustritt und in einer gelinden Abenteuerlust das stilltrübe Leben einer Kleinstadt farbiger zu gestalten trachtet. Manche solcher selbstwiderlichen Durlacher kommen aber immer beim. So mein Schulfamerad, der Reicherwillehm, der seit Jahren in Amerika verschollen ist. Jämmerlich zugrunde gegangen ist auch ein weiterer Witzschüler, der Sohn vom „Amboß“ wird, der Schenckelkari, der ging nach Afrika und wurde bei dem Hereroaufstand samt Frau erschlagen. Es war keine geringe Sensation, als nach geraumer Zeit eine Negerin nach der Pflanzhausstadt kam und ein Kind des Erschlagenen in die Heimat brachte. Ein anderer Afrikaner, der Knauferis, ließ gleichfalls nicht mehr, und so ist es kein Wunder, daß von unerker alten bitterbösen Pennälzergarde, von der auch, wie der

Schläger, Seitengewehre und Schusswaffen aller Art entdeckt. Es handelt sich um Waffen, die von den Sonderbündlern beim Herannahen der Polizei ins Wasser geworfen wurden.

Ausweisungen aus Offenburg.

Karlsruhe, 6. Okt. Weitere Ausweisungen auch in Offenburg. Gestern — Freitag — vor-mittag sind wiederum zwei Offenburger Bürger ausgewiesen worden, und zwar Stadtrat Winter und Schlossermeister Müller. Man hat sie nach Ortenberg gebracht. Auch die Familien sind mit Ausweisungen be-dacht worden. Sie haben Offenburg bis 9. No-vember zu verlassen. — Diese Maßnahmen der Franzosen sind nach Aufgabe des passiven Wi-derstandes einfach unverständlich.

Die Einigung über das Arbeits-zeitgesetz.

Berlin, 6. Okt. In der interfraktionellen Kom-mission, welche in der Nacht die Frage des Achtstundentages mit dem Arbeitsminister verhandelte, ist es früh 8 Uhr zu einer Einigung gekommen. Die Einigungsformel lautet: Die schwere Not unseres Landes läßt eine Stei-gerung der Güterproduktion als dringend ge-boten erscheinen. Das wird nur unter restloser Ausnutzung der technischen Errungenschaften bei organisatorischer Verbesserung unserer Wirt-schaft und emsiger Arbeit jedes Einzelnen zu er-reichen sein. Neben der Steigerung der Pro-duktion durch diese Mittel wird auch die Neu-regelung des Arbeitszeitgesetzes unter grundsätzlicher Festhaltung des Acht-stundentages als normale Arbeitszeit nicht zu umgehen sein. Dadurch ist die Möglichkeit der tariflichen und gesetzlichen Ueber-schreitung der jetzigen Arbeitszeit infolge der volkswirtschaftlich notwendigen Steigerung und Verbilligung der Produktion zu erzielen.

Deutsches Reich

Kein Markenlof mehr nach dem 15. Oktober.

Berlin, 6. Okt. Aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mitgeteilt: Die Beschlüsse des Reichsrates zu dem Entwurf über die Brotversorgung werden in der Deffektivität zum Teil dahin ausgelegt, als ob die Brotversorgung auf Marken über den 15. Oktober hinaus nun doch wieder eingeführt werden soll. Diese Auffassung entspricht nicht den Tatsachen. Nach dem Entwurf der Reichs-regierung und der zu ihm gefassten Beschlüsse des Reichsrates bleibt es dabei, daß die Marken-brotversorgung ab 15. Oktober ihr Ende findet. Damit es jedoch nicht zu Störungen in der Brotversorgung der Bevölkerung kommt, gibt der Entwurf, wie er von der Reichsregierung vorgelegt und vom Reichsrat angenommen worden ist, die Möglichkeit, daß die Reichs-gerechtheits-Kommunalverbänden, in denen etwa Schwierigkeiten aufstehen könnten, auf Antrag des Kommunalverbandes Brotgetreide bis zu 150 Gramm täglich für den Kopf der bis-her versorgungsberechtigten Bevölkerung erfor-derlichen Menge hinaus liefern. Den Absatz dieses Getreides und des daraus gemahlenen Mehles wird der Kommunalverband über-wachen.

v. Kahr's Programm.

München, 6. Okt. (Drahtber.) General-staatskommissar v. Kahr wandte sich bei einem Empfang der Vertreter der ausländischen Presse gegen die Gerüchte, die über Bagern z. B. im Ausland verbreitet werden. Seine Politik erstreckt vor allem, der Meinung von der Weinschuld Deutschlands am Weltkrieg entgegen zu wirken und die Erhaltung der Staats-autorität. Er wolle alle nationalen Kräfte, die

sich dem Staate unterordnen, zusammenfassen, und starke Einzelstaaten seien die Voraussetzung für ein gesundes und starkes Reich. Separat-ionspolitik dürfe in Bayern nicht getrieben werden. Er wünsche wieder eine Verfassung im Bismarckschen Sinne, das habe aber mit Separatismus gar nichts zu tun.

Das deutsche Volk sei heute eine Notgemein-schaft, der sich auch Bayern nicht entziehen wolle. Bayern sei durch zahllose wirtschaftliche und ge-schichtliche Bande mit den übrigen Stämmen verbunden. Die Frage der Errichtung einer Monarchie tritt heute gegenüber dem Schicksal des deutschen Volkes zurück. Er sage das in dem Bewußtsein der Tatsache, daß das bayerische Volk in seinen weitesten Teilen monarchisch ge-sinnt ist. Gegenüber den Gerüchten, daß der Generalstaatskommissar die Ankrüftung der Mo-narchie in Bayern beabsichtige, erklärte Kahr schließlich nochmals, daß er keine Abenteuer-politik machen werde.

Zur Lage in Bayern.

München, 6. Okt. Dem Bunde „Reichsadler“ ist, wie die „Münchener Post“ berichtet, durch Polizeigerichte mitgeteilt worden, daß der Bund nichts anderes sei, als ein Erlas für die sozial-demokratische Schuttabteilung und deshalb auf-gelöst werde.

Badische Politik

Aus den Parteien.

Man schreibt uns: Die Ortsgruppe Karlsruhe der Deutschnationalen Volkspartei hielt am 5. Oktober im Saal des Residenz-Auto-mates eine Mitgliederversammlung ab. Der Landesgeschäftsführer gab eine Beurteilung der politischen Lage auf Grund Informationen, die ihm von den leitenden Männern der Partei un-tergegangen waren. Er erklärte, die Politik Strese-manns sei zusammengebrochen. Die bisher an der Sozialdemokratie lebenden bürgerlichen Parteien würden zwangsläufig dazu kommen, sich den Gesichtspunkten zu nähern, die von der Deutschnationalen Partei vertreten werden. Die Ereignisse hätten der deutschnationalen Auffas-sung recht gegeben. Ohne nationalen Willen nach außen und ohne Abkehr vom Marxismus im Innern gebe es keine Rettung. Die Deutschnationale Partei werde nicht in zweifacher Selbstlosigkeit Anteil an der Macht suchen, es sei denn, daß sie die Gemüthsruhe, ihre Grund-sätze innerhalb einer klugen Regierung durch-setzen zu können. Der Landesvorsitzende, Geh. Rat Wauer, sprach über die badischen Verhält-nisse. Arbeiter Müller berichtete über das An-wachsen der deutschnationalen Arbeitergruppe. Nur der Zwang der sozialdemokratischen Gewerkschaften halte noch zahlreiche Arbeiter ab, der Sozialdemokratie offen den Rücken zu kehren.

Staatliche Ortpolizei in Pforzheim.

Die Polizeibereitschaft Stigmaringen wird nach Pforzheim verlegt, um dort als staatlich ver-waltete Ortpolizei verwendet zu werden.

Rundgebung des Handwerks gegen die Steuerlasten.

Der Innungsausschuß Pforzheim hat nach einem eingehenden Referat des Geschäftsführers der Handwerkskammer Karlsruhe sämtliche Handwerker und Gewerbetreibenden aufgefor-dert, für den Teil der Steuern, den sie nicht zahlen können, Steuernachlässe zu beantragen. Die Finanzämter bzw. an das Landesfinanzamt zu-gleich mit dem Erlaß um Erstattung einzurei-chen. Späteste Bedenken wurden vor allem gegen die Betriebssteuer und Klein- und Mieth-erhöhung erhoben, die in ihrer Folge bereits ver-hängnisvoll gewirkt haben, weil sie ohne Rück-sicht auf den Ertrag die Ertrags vieler selbständi-ger Betriebe untergraben. Die Aufhebung die-ser Steuern und womöglich ihr Einbau in die Vermögenssteuer wurde gefordert. Die Ein-kommensteuer ist unverzüglich den Ländern und Gemeinden wieder zu überlassen. Steigerung der Produktion, Steigerung der Arbeitsintensi-vität unter weitgehender Einschränkung aller un-produktiver Lasten und Wiederherstellung mög-

lichter Freizügigkeit im Wirtschaftsleben betrach-tet das Pforzheimer Handwerk als Voraus-setzungen für den Wiederaufbau.

Schule und Kirche

Landesversammlung des Volkskirchenbundes.

Die in Karlsruhe abgehaltene Landesver-sammlung des Bad. Volkskirchenbundes hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. In seinem Vortrag über den evangelischen Sozialismus als Bewegung betonte Dr. Dietrich, daß man „re-ligiös“ nicht für „evangelisch“ stehen dürfe. Es sei heute die Aufgabe, die Glieder der Evang.-Kirche zu sammeln, die nach einer neuen Welt-und Lebensauffassung streben und von einer Auseinandersetzung zwischen positiv und liberal nichts wissen wollen, wie das der Volkskirch-enbund tue. Pfarrer Löw von Riegel referierte über die finanzielle Lage der badischen Landes-kirche sowie über die letzte Landessynode. Hr. Eder von Meersburg hielt einen gedanken-reichen und anregenden Vortrag über seine Programmsätze. Das Gegenreferat erhaltete in eindrucksvoller Weise Universitätsprofessor Dr. Ehrenberg von Heidelberg. Eine Ans-prache fand nicht statt. Dafür stimmte die Ver-sammlung das Lutherlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ an.

Aus der badischen alt-katholischen Landessynode.

Der Landeskonvent hielt am 3. Oktober in Mannheim eine Besprechung mit dem Ausfüh-rer der bad. alt-kathol. Landeskirchenvertre-tung über die wirtschaftlichen Notstandsmaß-nahmen. Es wurde beschlossen, zum Ausgleich für den durch die verspätete Einziehung der Landeskirchensteuer für 1923 völlig entwerteten Steuerertrag ein einmaliges Kirchen-opfer im ersten Sonntagsgottesdienst im No-vember in allen badischen alt-katholischen Ge-meinden zu erheben. Der Kirchensteuerertrag für 1923 wird wieder von den Gemeinden selbst übernommen. Die Vorlage des Landeskonvent-rates, für 1923 den 100.000fachen Betrag der Landeskirchensteuer von 1922 zu erheben und die Erhebung dieses Betrages eventl. zu wieder-holen, wurde vom Steueranschuß angenommen. Zur Deckung der örtlichen Kirchenbedürfnisse werden die Gemeinden ermächtigt, ohne beson-dere Ausweisung eines Voranschlags ein Mehr-faches der Ortskirchensteuer von 1922 zu er-heben. Der Landeskonventrat wird außerdem eine freiwillige Geldsammlung in allen Gemein-den veranlassen zur Schaffung eines Goldmar-ktfonds zur Sicherstellung der Gehälter der Geistlichen für den Bedarfsfall.

Verschiedene Drahtmeldungen

Polen als französische Kolonie.

Warschau, 5. Okt. (Drahtber.) Der Vertre-ter der Polen, Fel. Mg. hatte mit dem Obersten Pajo, dem Chef der französischen Militärmission, eine Unterredung. Auf die Frage, wie lange die französische Militärmission noch in Polen bleiben würde, erwiderte Pajo, daß der Aus-bau der Organisation der polnischen Armee in Anwesenheit der französischen Militärmission noch mindestens 1 1/2 Jahr erfordere.

Bulgarische Reparationszahlungen.

Sofia, 6. Okt. In Ausführung des am 1. März dieses Jahres geschlossenen Uebereinkommens mit der Reparationskommission hat die bulgaris-che Regierung 2 1/2 Millionen Lewa bezahlt. Die Geldzahlung wurde in Dollar geleistet und zwar an die Federal Reserve Bank in New York zur Hälfte auf Konto der Bank von Frankreich, zur anderen auf dasjenige der Bank von England, im ganzen auf Konto der Reparationskommis-sion in Paris.

Die neue Türkei.

Paris, 5. Okt. Die Agentur Gavos berichtet aus Konstantinopel: Nach Auskünften aus An-gora wird die neue Verfassung im wesentlichen folgendes enthalten: Die Türkei proklamiert die Republik. Der Präsident der Republik wird

für 4 oder 5 Jahre gewählt. Die große Natio-nalversammlung hat die gesetzgebende Gewalt. Die Exekutivgewalt wird dem Ministerium ab-getreten, das der Nationalversammlung verant-wortlich ist. Ein Staatsrat wird gebildet, der die Funktionen des Staats übernimmt. Seine Mitglieder werden vom Präsidenten der Republik ernannt.

Wieder ein Erdstöß in Japan.

Tokio, 5. Okt. Heute wurde wieder ein heftiger Erdstöß verspürt. Die Einwohner flüchteten aus den Häusern. Das elektrische Licht versagte. In Osaka wurde gleichfalls ein leichter Erdstöß wahr-genommen.

Bunte Chronik

Schweres Unglück bei einem Artillerieübungs-schießen. Bei einem Übungschießen in Pillau bei Königsberg wurden Teile eines Geschüt-zereschusses abgeplittert. Von den umherflie-genden Eisenteilen wurden der Artillerieführer Oberst Vorchert und ein Mann getötet. Zwei Mann wurden schwer und mehrere leicht ver-letzt. Einige der Verletzten wurden ins Kasar-nett nach Königsberg übergeführt.

John Lane verstorben und beerbtet. In dem Berarwerk von Kalkitt in England wurden fünf Bergleute getötet, die seit dem Unlück vor zehn Tagen ohne Nahrungsmittel in der Grube eingeschlossen waren.

Das Ende eines Liebesromans. Ein seltsames Menschenschicksal hat seinen trübseligen Ab-schluß gefunden: im Alter von 57 Jahren ist in Paris Graf Olga Mattasch gestorben, der Liebhaber der Prinzessin Louise von Kobura. Vor etwa 20 Jahren traf auf der Prater-Allee in Wien der Fuhrenoberleutnant Mattasch eine Dame, in die er sich auf den ersten Blick leidenschaftlich verliebte. Es war die Gemahlin des Herzogs Wilhelm von Kobura, Tochter Königs Leopold von Belgien, Prinzessin Louise, eine der alän-dersien Erscheinungen des Wiener Hofes. Trotz des gesellschaftlichen Abstandes und trotzdem die Prinzessin verheiratet war, lebte der Oberleu-nant es durch, daß er der Prinzessin vornehmte wurde und daß diese an dem unerfrockenen, willensstarken Reiteroffizier ebenso leidenschaft-lich hing wie er an ihr. Die beiden waren bald unzertrennlich. Der Ehemann nahm den Kampf auf, setzte die ganze Ueberlegenheit seiner Stel-lung ein, setzte keine Bedenken in der Wahl seiner Mittel und konnte doch den Nebenbuhler nicht los werden. Es gelang ihm zwar, die Prinzessin in eine Heilanstalt zu verbannen, aber fortan sah Mattasch seine Lebensaufgabe darin, die Prinzessin zu befreien. Aus Bad Ecker entführte er sie eines Tages in abenteuer-licher Flucht nach Paris. Von nun an war das Leben der beiden fast nur noch eine Kette von Prozessen, die sich vor allen Dingen um die Hinterlassenschaft König Leopolds drehten, der seine Tochter erbt hätte. Der Kampf endete mit Verarmung, und zuletzt ergab sich die Prinzessin in den Willen der Familie und trennte sich von ihrem Galan. Mit edler Selbstaufopferung der Roman an, um immer tiefer in den nackten Kampf um das Geld herabzinken. Als ein Besiegter ist Graf Mattasch jetzt gestorben.

Briefkasten

Unseres Erachtens hallet weder der Hauseigen-tümer noch der Mietswohner, da weder ein Verschä-len des einen noch des anderen vorliegt. Wenn man si daher auf den Standpunkt stellen wollte, daß ein Verschälen vorliegen könnte, dann hallet unter allen Umständen der Hauseigentümer, niemals der Mieter; es sei denn, daß der Mieter gegen eine ausdrückliche Bestimmung des Hauseigentümers gehandelt hat. — Sie können bei uns die entzerrhenden Firmen in einem Verzeichnis einsehen. Alle anzuführen, ist nicht möglich.

Galerie Ernst Hardock & Sohn
Akademiestraße 26. Telefon 321.
Ständige Ausstellung
von Werken erster Meister.

Beutenmüllerfrüh, viele im Kriege geblieben sind, keiner begrützt werden konnte, als beim Weiskriegs-Krieg „Zhiater“ gespielt wurde. Auch der immer fröhliche, unbändige, blondschlanke Oberförsterns Bräuer ist nicht mehr. Vor dem Feind ist es im geliebten Jägerhaus ge-fallen. Sicherlich lachend und angetrunken wie der junge Siegfried...

Kunst und Wissenschaft

Aus den Kindheits-erinnerungen einer Bal-ladenkinderin. LuLu von Strauß und Torney, die bekannte Balladenkinderin, die auch eine Anzahl prächtiger Romane und Erzählungen geschaffen hat, feierte am 20. Septem-ber ihren 50. Geburtstag. Wie sie zur Dichterin wurde, hat sie in Reclams Universalum anschau-lich geschildert. Sie ist in Wiedeburg geboren und entstammt einem alten Geschlecht, dem schon ihr Großvater, der Dichter und Gelehrte Viktor von Strauß und Torney, einen angelebten Namen in der Literatur verleiht. „Was meinem Dasein an früherer Breite, an Horizont-weite fehlt“, erzählt sie, „das ersetzte das festere Einwirkeln in die Tiefe, in den heimati-schen Boden, das für jede gesunde Entwicklung so unendlich wertvoll ist. Wie anders vermücht man mit der Landschaft, wenn man durch jedes Gartentor ins freie Feld tritt, — wie anders mit dem Volksschlag, wenn das unwichtige Platt dem Kinde schon vertraut ist, wenn man gute Freunde weiß auf den großen Höhen mit den bunten Wäldern überall im Land, — Fremde im Bauernrod, die einem beim derben Handschlag sagen können: „Unsere Großväter sind schon Freunde gewesen.“ Früh lernte sie bei ihr die Neigung zur Geschichte, die dann in ihren histo-rischen Gedichten und Erzählungen so schöne Früchte getragen hat. „Meine Kindertage waren nicht das Puppenmischen kleiner Mäd-chen, sondern Bonzenmischen und Pagenmischen

der tantemegeseignete Dichter niemals für sein Märchenfrüh erhalten hat, das Schöne war vielmehr ein Wandergang über den Rattenberg hinaus in das „Weißfeld“ gen den Rittwert. Da klangen die Verse Gerhart Hauptmanns aus dem Ohr in die Seele:

„Mir ist, als wärd ich auf. Das Feld, die Hütte, Du selber: alles ist mir wohlbekannt und doch so fremd. Ich denn, was ich erlebe, mehr nicht als eines Schalles flüchtiger Hauch, der ist und nicht mehr ist, noch kaum gewesen?“

Kunst und Wissenschaft

Aus den Kindheits-erinnerungen einer Bal-ladenkinderin. LuLu von Strauß und Torney, die bekannte Balladenkinderin, die auch eine Anzahl prächtiger Romane und Erzählungen geschaffen hat, feierte am 20. Septem-ber ihren 50. Geburtstag. Wie sie zur Dichterin wurde, hat sie in Reclams Universalum anschau-lich geschildert. Sie ist in Wiedeburg geboren und entstammt einem alten Geschlecht, dem schon ihr Großvater, der Dichter und Gelehrte Viktor von Strauß und Torney, einen angelebten Namen in der Literatur verleiht. „Was meinem Dasein an früherer Breite, an Horizont-weite fehlt“, erzählt sie, „das ersetzte das festere Einwirkeln in die Tiefe, in den heimati-schen Boden, das für jede gesunde Entwicklung so unendlich wertvoll ist. Wie anders vermücht man mit der Landschaft, wenn man durch jedes Gartentor ins freie Feld tritt, — wie anders mit dem Volksschlag, wenn das unwichtige Platt dem Kinde schon vertraut ist, wenn man gute Freunde weiß auf den großen Höhen mit den bunten Wäldern überall im Land, — Fremde im Bauernrod, die einem beim derben Handschlag sagen können: „Unsere Großväter sind schon Freunde gewesen.“ Früh lernte sie bei ihr die Neigung zur Geschichte, die dann in ihren histo-rischen Gedichten und Erzählungen so schöne Früchte getragen hat. „Meine Kindertage waren nicht das Puppenmischen kleiner Mäd-chen, sondern Bonzenmischen und Pagenmischen

und einam gezielte Phantasien aus Gustav Schwabs Griechischen Seldensagen. Lesen konnte ich längst vor dem ersten Schultag, und die Bücher waren die liebsten Kameraden meiner Kin-derheit. Kein Wunder, daß das hülle kleine Mädchen altflug und absonderlich genannt wurde und allein fand unter den lustigen Schulkameradinnen.“ Früh erachte die Leidenschaft zur Dichtung zusammen mit einem großen Wissens-hunger. „Aus dem unkoordinierten Ferntrieb wurde ernsthaftes Studium, eine lebhaftige Pro-duktion setzte ein, wie ein lange zurückgekehrter Bach. Jeder schon in der Kindheit angelegene Ton flug voll darin mit. Meine heimatischen geliebten Kornfelder wurden mir zu lrischen Stimmungen, Flut und Ebbe der Nordsee zu balladischen Rhythmen. Aus den Bauernhöfen unserer bunten Dörfer holte ich mir die Gestal-ten und Schicksale meiner Geschichte, lange ehe ich von dem Schlagwort „heimatlich“ wußte, und die großen Zeiten der Geschichte wurden mir zu lebendigen Menschen, die ich hinaustellen so veruchte, wie sie vor mir standen, in den starken, herben und schlachten Rimen alter Dol-schichte.“

Vom Frankfurter Goethe-Pavillon. Auf die Nachricht, der Inhalt des Frankfurter Goethe-Pavillons in Lyon sei ein Raub der Flammen geworden, zog die Direktion des Frankfurter Goethe-Museums beim Bürgermeister von Lyon nähere Erkundigungen ein und erhielt die An-antwort, der Verwalter der deutschen Ausstellungs-güter glaube, die Gegenstände des Goethe-Pavillons seien vom Brand in der Nacht vom 10. zum 11. September verschont geblieben, eine be-stimmte Angabe könne jedoch erst in Monatsfrist gemacht werden.

Nachricht von der deutschen Sonnenfuhrens-Expedition. Beim Astrophysikalischen Obser-uatorium in Potsdam, dessen Leiter Prof. L. u. d. orff zusammen mit seinem Hauptbeobachter Dr. K. o. h. s. h. ü. t. t. er und dem Leiter der Sam-burg-Beobachter Sternwarte Prof. Schorr die deutsche Sonnenfuhrens-Expedition nach Mexiko aufbricht, ist seit die erste Nachricht eingetroffen. Danach wurde die Internis bei

vollkommen klarem Himmel beobachtet. Dieser Erfolg ist umso erfreulicher, als im vorigen Jahre die deutsch-holländische Sonnenfuhrens-Expedition nach der Weltnachtsinsel im letzten Augenblick wegen der Unauht des Wetters nicht zu den wichtigsten Beobachtungen kam. Die Rückkehr Prof. Lubendorffs wird für den näch-sten Monat erwartet, die Verarbeitung der Er-gebnisse, die nicht nur für die Nachprüfung der Relativitätstheorie von größter Bedeutung sein dürften, wird dann noch Monate in Anspruch nehmen.

Deutsche Worte.

Alle stimmen darüber überein, daß der Pariser Friede Frankreich in einem Zustand der Kriegs-macht gelassen hat, welcher für die Ruhe Europas gefährlich ist. Der Herzog von Wellington drückt sich folgendermaßen aus: „Meine Ansicht ist, daß die französische Revolution und der Pariser Friede Frankreich in zu großer Kraft für das übrige Europa gelassen haben, geschwächt wie alle Mächte sind durch die Kriege, in die sie mit Frankreich verwickelt wurden, durch die Zerrüttung aller Festungen in Niederlanden und Deutschland, durch den Ruin der Finanzen aller Weltmächte.“

Wie kann man sagen, daß das französische Volk, welches durch die Teilnahmlosigkeit der Güten, die Verderbtheit der Schlichten Europas Ruhe gehört hat, welches nicht sich selbst überlassen werden kann, recht hat, seine Unverletztheit zu verlangen, die nach dem Weltstand des englischen Kabinetes den In-teressen aller Völker swider ist? Eine seitweisse Befestigung reizt das besiente Volk auf und stellt, sobald der Zeitraum der Rück-anbe eintritt, die Grenzen in ihrer alten, nach dem Einverständnis aller Kabinete für die innere Ruhe Frankreichs und für die Sicherheit seiner Nachbarn gefährlichen Lage her, und diese werden dann bloß-gestellt sein durch die angreifende Art der Bronze, die zum Angriff ladet durch den internationalen Ge-netz des französischen Kabinetes und die ungeliebte Erbebung Belgiens, welche nicht aufhören werden, die Erbebung Belgiens und des linken Rheinufers zu verlangen. (Aus dem „Gutachten über die Entschädigungen, die von Frankreich gefordert werden sollen“, Paris, 18. August 1815.) Dr. v. Stein.

Aus Baden

Kehl, 6. Okt. Für die Fortführung der noch nicht vollendeten Bauten beantragte der Stadtrat beim Bürgerausschuß die Genehmigung eines Kredites von nahezu 27 000 Goldmark.

Freiburg, 6. Okt. Zur Beschaffung der Mittel zur Deckung außerordentlicher Ausgaben und Verfühlung der bisher unzureichenden Mittel zur Förderung des Wohnungsbaues, macht der Stadtrat dem Bürgerausschuß den Vorschlag, eine wertbeständige Holz-Anleihe bis zum Höchstbetrage von 60 000 Reichsmark auszugeben.

Waldbühl, 6. Okt. In der Orgelfabrik von Wilhelm Bruder Söhne ist der Orgelbauer Konrad Thom a n u m m e r seit 65 Jahren beschäftigt. Mit drei Generationen hat er gearbeitet. Seinen 80. Geburtstag konnte er kürzlich begehen.

Furtwangen, 6. Okt. Auf ihrem 100 000 Mark-Schein bringt die Stadtgemeinde Wöhrenbach eine Ansicht des neuen Kraftwerkes und der Einiger Talperre. Die Ansicht dieses sehr bedeutenden Werkes ist mit folgendem Spruche umrahmt: Einst knauerten wir mit Pfennigen und waren reich im Haus, jetzt werfen wir mit Millionen um und sind so arm wie eine Kirchgans.

Wetzlar, 6. Okt. Der 24jährige Sohn des Bahnhofswirts Josef Rauch von Sigmaringen-Dorf stieß auf der Landstraße auf seinem Motorrad mit einem Fuhrwerk zusammen. Dabei drang dem Motorradfahrer die Deichsel des Wagens durch die Brust und führte den sofortigen Tod herbei. Ein zweiter junger Mann, der hinten auf dem Motorrad saß, kam mit weniger schweren Verletzungen davon.

Neustadt, 6. Okt. In der Gemeinde Scholach ist der 20 Jahre alte Sohn des Wirts Winterhalder in der Dunkelheit mit einem anderen Radfahrer zusammengefahren, wobei er eine schwere Gehirnerschütterung davontrug. In Titisee wurde das 7jährige Töchterchen des Bauunternehmers K i n d e r angefahren; es erlitt einen schweren Unterschenkelbruch.

Kleinlautenbach, 6. Okt. Vor kurzem hat die Schlossfrau Cobmann, Ehrenbürgerin von Kleinlautenbach, an die Bedürftigen K a f f e e verteilen lassen. Damit nun auch der nötige Zucker nicht fehle, hat sie jetzt auch den Zucker gespendet.

Singen a. S., 6. Okt. Es verkauften, daß auf der Strecke Konstanz-Basel die P a s s- und Zollkontrolle deutscherseits im Zuge vorgenommen werden soll. Das lästige Aus- und Einsteigen auf der kurzen Strecke Gottmadingen-Erzingen würde dadurch wegfallen. Voraussetzung ist allerdings, daß auch die schweizerische Behörde dieser Neuerung beitrifft, was noch nicht genau feststeht.

Konstanz, 6. Okt. Im Jahre 1919 wurde in der hiesigen Bahnhofsstraße ein gewisser, inzwischen nach Amerika ausgewandertes Ludwig K ä s m o d e l von einer schweren Augenblutung heimgeführt, nach sechs Monaten konnte er als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen werden. Nachdem er bereits zu Weihnachten die Sanitätskolonne durch eine reiche Weihnachtsgabe erreicht hatte, ist jetzt für diese eine zweite namhafte Spende eingegangen, mit der Bitte, die Adressen der Verleiher und Schenkenden mitzuteilen, in deren Behandlung und Pflege K ä s m o d e l sich feinerzeit befand.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

Karlsruhe, 6. Okt. Die 4. Schwurgerichtstagung des Jahres 1923 beginnt am 8. Oktober. Es stehen sieben Fälle zur Verhandlung. Es haben sich zu verantworten: am Montag, den 8. Oktober, vormittags 9 Uhr der Tagelöhner Albert Morlok aus Dänlingen-Fallanden wegen Meineids; am Dienstag, den 9. Oktober, Wilhelmine S c h r ö d e r, Naturheilkundige aus Wehlheim a. N. wegen Lohnabtreibung; am Mittwoch, den 10. Oktober, Friedrich Reither, Tagelöhner aus Weiertheim, wegen Totschlags; am Donnerstag, den 11. Oktober, Emil Boll, Bahnarbeiter aus Dillweissenheim, wegen Totschlags; am Freitag, den 12. Oktober, vorm.

Gustav Fahrer, Drechler aus Altschweier und Adolf Wehbecker, Mechaniker aus Niederbühl, wegen Notzucht; wachm. Emil Anabel, Landwirt und Jagdaufsicht aus Illingen, wegen Notzucht und Blutschande; am Samstag, den 13. Oktober, Theodor Ludwig Baffner, Erdarbeiter aus Karlsruhe, wegen Brandstiftung und Bedrohung.

Mannheim, 6. Okt. Eine schwere schon an Raub grenzende Straftat führte den Aufseher eines Speisewagens, Hermann G e r l a c h vor die 2. Strafkammer. Gerlach machte sich im Frühjahr dieses Jahres im D-Zug Berlin-Breslau an einen betrunkenen Fahrgast, der im Speisewagen einen Zettel zu sich genommen hatte. Unter dem Vorwand, er habe die Bege nicht bezahlt, entwand ihm Gerlach die Brieftasche mit einem größeren Geldbetrag, außerdem zog er ihm unter Anwendung von Gewalt zwei Ringe vom Finger. Das Gericht verurteilte den Aufseher Gerlach zu 5 Jahren Gefängnis und entsprechendem Ehrverlust.

Schlüsselzahlen des 7. Oktober.

Bad. Einzelhandel: 18 000 000 (Vortag 16 500 000). Karlsruher Feuerungszahl (mit Bekleidung): Stichtag 1. Oktober: 46 310 801 (Vorwoche 29 917 801). Badische Feuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 1. Oktober: 41 890 852 (Vorwoche 25 938 477,73). Großhandels-Feuerungszahl: Stichtag 2. Okt.: 84,5 Mill. (Vorwoche 36,2 Mill.). Reichsindexziffer: Stichtag 1. Oktober: 40 400 000. (Vorwoche 28 000 000). Goldmarken: 6.-9. Oktober 6 689 998 900 Prozent. (10.-12. Oktober: 13 689 998 900 Proz.). Schlüsselzahl des Badischen Gastwirtsverbandes: 55 Mill. Mk. 1/4 Liter neuer Weißwein 20 Mill. Mark, Rotwein 25 Mill. Mk.; Essen in Kleinbetrieben 55 Mill. Mark, in Mittelbetrieben 70 Mill. Mark. Eisenbahn. Personentarif 30 Mill. (ab 10. Okt. 60 Mill.), Gütertarif 36 Mill. (ab 10. Oktober 72 Mill.). Badisches Landestheater: 40 000 000. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger für Anzeigenaufträge: 100 000. Buchhändler-Schlüsselzahl: 75 000 000. Die Schlüsselzahl für Arzneitaxe: für Waren und Befehle 1 430 000; für die Arbeitsvergütung 400 000.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Samstag, den 6. Oktober 1923.

Nachdem gestern die östwärts abziehende Druckfronten noch vielfach trübes Wetter und Regenfälle gebracht hatten, tritt heute unter dem Einfluß eines Hochdruckrückens, der sich über Mitteleuropa ausgebreitet hat, teilweise Aufhellung ein. Die Wetterlage bleibt jedoch noch unbeständig, da von Frankreich ein neuer Tiefdruckausläufer vordringt, der morgen wieder Trübung und Ströbrögen bringen wird.

Wetterausichten für Sonntag, den 7. Oktober. Nach vorübergehender Besserung morgen wird der meist wolfige Wetter mit Ströbrögen, Temperatur wenig verändert, westliche Winde.

Table with weather forecasts for Karlsruhe and Mannheim, showing temperature ranges for different times of day.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Konstruktion eines Klügels dürfte weite Kreise namentlich die aufstrebenden Künstler und die Besitzer eines Klügels oder Pianos interessieren. Im Schaufenster der Firma G. Maurer, Kaiserstraße 176, befindet sich seit einigen Tagen eine interessante Ausstellung von Klügeln eines echten Steinwan-Klügels von der Firma Steinwan & Söhne, Hamburg - Neumoor. Ganz abgesehen von der guten dekorativen Wirkung des Klügels ist die Herstellung, die der Firma Steinwan & Söhne in Hamburg anlässlich des Schwanenfestes bereits im August 1921 den ersten Preis (goldene Medaille) einbrachte, eben uns die angelegentlichsten Beweise eines Einflusses in die Geheimnisse der Steinwan-Konstruktion. Besonders beachtenswert sind die beiden Klügelschritte der Klügelschneide. Sie zeigen dem Betrachter, daß die aus vielen verleihten Lagen feinabgearbeiteten Klügelschneide in einem Stück gebogen sind. Steinwan & Söhne machten sich die Aufgabe, die durch obige Gebebe demonstriert werden kann, anzugeben, daß die Klügelschneide im Holz am vollkommensten und raschesten fertiggestellt werden, wenn sie der Klügelschneide des Holzes folgen. Diese Erfindung ist eine der hervorragendsten Erfindungen der Steinwan-Konstruktion, auf die der volle tragende Teil der Steinwan-Instrumente zurückzuführen ist. Eine ausführliche illustrierte Abhandlung über die Steinwan-Konstruktion ist einem gleichlautenden Büchlein anvertraut, das die Firma G. Maurer an Interessenten kostenlos versendet.

Advertisement for Friedrich Riehm, a florist and funeral home, located in Linkebach, Karlsruhe.

Advertisement for Anna Wacker, a funeral home, expressing gratitude for services.

Advertisement for Trauerbriefe (funeral notices) from Tagblatt-Druckerei.

Advertisement for Parkettböden (parquet floors) by Herm. Ehle.

Advertisement for Gelegenheitskauf (special sale) of Kronen-Kernseife (crown soap) and Wilhelm Stein products.

Advertisement for Karl Hummel's hairdressing services, including haircuts and styling.

Large advertisement for Persil detergent, highlighting its effectiveness and economy.

Advertisement for Wohn- und Schlafzimmer (living and sleeping quarters) with furniture.

Advertisement for Offene Stellen (open positions) for a bookkeeper.

Advertisement for I^a Büro (office) in a central location.

Advertisement for Miet-Gesuche (rental requests) in the city of Baden.

Advertisement for Auto-Garage (car garage) with repair services.

Advertisement for Möbliertes Zimmer (furnished room) for rent.

Advertisement for 2 Zimmer (2 rooms) for rent in a family home.

Advertisement for Kapitalien (capital) for investment or loans.

Advertisement for Verkäufe (sales) of household items.

Advertisement for Kleiderschrank (wardrobe) for sale.

Advertisement for Metallbetten (metal beds) for sale.

Advertisement for Stellen-Gesuche (job openings) for a cleaner.

Advertisement for Ofenfertiges Brennholz (firewood).

Advertisement for Kaufgesuche (purchase requests) for a car.

Advertisement for Dorf-Müll u. Streu (rural waste and straw) for sale.

Advertisement for Der neue Posttarif (new postal rates) effective from October 1st.

Advertisement for Coburger Tageblatt (Coburg daily newspaper) subscription.

Die neue Reichsregierung vor dem Reichstag.

Die Erklärung des Reichszanlers Dr. Stresemann.

1. Berlin 6. Okt. Am Regierungstisch Reichszanler Dr. Stresemann. Arbeitsminister Dr. Brauns. Innenminister Solfmann. Justizminister Radbruch. Behrminister Dr. Gessler. Verkehrsminister Defer. Postminister Höfle. Finanzminister Dr. Luther und Wirtschaftminister Dr. Koeth.

Kommunistische Anträge, die die Aufhebung der bayerischen Streifenordnung und der Besetzung des Wehrministeriums für die Nachrichten über Unruhen fordern, werden nach kurzer Begründung durch die kommunistischen Abgeordneten Koenen und Höfle mit zur Beratung gestellt. Das Ermächtigungsgesetz und das Währungsgegesetz werden vorläufig noch von der Tagesordnung abgesetzt.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle: die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichszanler Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er wird von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen empfangen, wie: „Der Vertreter von Stinnes“, „Die Kullisse für Stinnes“.

Reichszanler Stresemann erklärt:

Ich will hier über die Neubildung der Reichsregierung sprechen. Ich kann den Herren Zurufen versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat; der Vergleich mit der Kullisse ist daher sehr wenig angebracht. (Heftige Zustimmung.) Der Reichszanler weist dann darauf hin, daß die Regierungsneubildung sich auf parteipolitischen Grundlage vollziehen habe. Neu ist als Wirtschaftminister eingetreten Dr. Koeth, Finanzminister wurde Dr. Luther, das Ernährungsministerium soll noch mit einem Vertrauensmann der Landwirtschaft besetzt werden.

Der Reichszanler hebt dann hervor, daß die Vorgänge der letzten Tage sehr scharfe Kritik erfahren habe, daß man gesagt habe,

der Parlamentarismus habe versagt.

Demgegenüber muß gesagt werden, ob denn nicht auch die Wirtschaft versagt habe, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Dr. Stresemann verweist hierauf auf die dauernden Bemühungen für die Ministerien, der Wirtschaft, der Finanzen, des Verkehrs und der Post, Männer des praktischen Lebens heranzuziehen, da in dem Fehlen solcher Persönlichkeiten einen wesentlichen Grund zum Verlegen der Staatsverwaltung gesehen wird. Die sich zur Verfügung stellten, waren fast immer aus dem Beamtenstande zur Verfügung gekommen. Den Parlamentarismus führt man nicht ad absurdum, durch Resolutionen, sondern dadurch, daß man zeigt, wie man die Dinge besser machen kann.

Die Vorgänge der letzten Tage geben gewiss zu beträchtlicher Kritik Anlaß. Aber es ist ein Irrtum zu glauben, daß es sich dabei um den Kampf einer anderen politischen Einstellung handelte. Wir traten an den Reichstag heran, um ein Ermächtigungsgesetz zu erhalten. Das Kabinett wollte Vollmachten, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten besaß. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankovollmacht gegeben werden konnte, sondern daß man sich klar werden mußte wenigstens über die Grundlinien der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik. Bei der Bedeutung dieser Fragen entstanden die Differenzen, die sich bei der Neubildung des Kabinetts gezeigt haben.

Der Kanler kommt dann auf die außenpolitische Lage zu sprechen und bebauert die deutsch-nationale Kritik an der Einstellung des passiven Widerstandes.

Der Ruhrkampf,

der seit Januar unter Bedrückungen und Gewalttätigkeiten geführt wurde, habe eine tiefe Depression ausgelöst. Die Idee des Widerstandes konnte nur sein, die Einbruchsmächte dahin zu bringen, mit uns in Verhandlungen zu treten. Man kann wohl die Frage aufwerfen, ob wir den passiven Widerstand bedingungslos

aufgeben durften. Naturgemäß mußte sich die Wirkung des passiven Widerstandes mit der Zeit abschwächen. Niemals hätte man geglaubt, daß das deutsche Volk neun Monate lang derartige Bedrückungen ertragen würde. Die Bevölkerung hätte etwas ertragen, was über das Maß und die Grenze dessen geht, was Menschen überhaupt ertragen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Je länger sich der Widerstand hingog, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunutzen. Das Versagen auf finanziellen und materiellem Gebiete

seit den Einbruchsmächten, wie es mit uns stand. Den Verfall der Währung konnte keine technische Maßnahme aufhalten. Man sah bereits, daß Deutschland finanziell dem Erliegen nahe war. Es gab keine Möglichkeit mehr, mit dem passiven Widerstand etwas zu erreichen. Dazu kommen noch die Wünsche aus dem besetzten Gebiete auf Abbruch des Widerstandes.

Der Reichszanler erinnerte daran, daß ihn Oberbürgermeister Jarres erklärt habe, daß der Widerstand nur noch eine kurze Periode durchgeführt werden könne und sich selbst auflösen würde. Der Kanler gab Auskunft über Verhandlungen, die mit der Aufgabe des passiven Widerstandes im Zusammenhang stehen. Man war bemüht, von Frankreich die Freiheit der Gefangen und die Rückkehr der Vertreter zu erreichen. Es wurde aber bedingungslos Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert.

Der Kanler besprach sodann die Kritik an der Regierung und den Vorwurf, die Reichsregierung hätte einseitig einen Kurswechsel vorgenommen. Er erklärte, der Versuch, einen Allierten gegen den anderen auszuspielen — man hatte dabei besonders an England gedacht — wäre eine politische Dummheit gewesen. (Wiederholte Zurufe durch den Deutschvölkischen von Gräfe.) Die einzige Möglichkeit der

Lösung des Reparationsproblems könne nur bestehen in Vereinbarungen zwischen den Alliierten einerseits und Deutschland andererseits. (Zuruf des Abg. Westart (D.Nat.): „Da können Sie lange warten!“)

Ich weise die Behauptung zurück, wir hätten den Widerstand in der Hoffnung aufgegeben, dadurch zu Verhandlungen zu kommen. In einer Besprechung mit Vertretern des besetzten Gebietes habe ich vor jeder Illusion gewarnt. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir neuen schweren Bedrückungen entgegengehen.

Dr. Stresemann wandte sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen dem Feind genügt hätte. Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden, weil wir hinsichtlich der deutschen Verhältnisse nicht sehenden Auges in den Abgrund stürzen wollten. Der passive Widerstand wurde aufgegeben dem deutschen Volke zuliebe, nicht aber dem französischen Volk zuliebe. Hätte seine Fortführung zur deutschen Freiheit geführt? Der Widerstand war nach neun Monaten keine Waffe mehr. Er brachte unsere finanzielle Zerrüttung. Wenn der Kampf aufgegeben werden mußte, so geschah es in dem Gedanken, daß

eine Festung kapituliert, weil sie keinen Proviant mehr hat oder die Gefahr besteht, daß das ganze Volk sich nicht mehr ernähren kann. Das ist keine Sache, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat.

Der Reichszanler erklärte, wenn gesagt werde, daß ein solcher Reichszanler vor den Staatsgerichtshof

gehöre, so sei er bereit, vor jedem Staatsgerichtshof zu verteidigen, was er getan habe. (Lebhafte Zustimmung.) Der Mut, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu verantworten, sei vielleicht nationaler als die Praxis, mit denen dagegen gesprochen werde. (Beifall.) Er hätte als Führer seiner Partei nicht nur die eigene politische Stellung, sondern auch die Partei aufs Spiel gesetzt. Im deutschen Volke fehlt es noch sehr an Verantwortungsbewußtsein. (Zustimmung.) Die Idee unterlag der machtpolitischen Einstellung der Verhältnisse. Der passive Widerstand habe gezeigt, daß diejenigen gelogen haben, die sagen, daß es im Rheinland einen deutschen Stamm gäbe, der sich freie, zu Frankreich zu kommen. Diese Bevölkerung steht in Not und Elend zum deutschen Vaterland. (Lebhafte Zustimmung und Handklatschen.)

Der Reichszanler dankt den Männern der Schuppelerei, die in Düsseldorf ihre Pflicht getan haben.

Den Trägern des passiven Widerstandes gebühre der Dank des ganzen Volkes.

(Erneuter Beifall.)

Der Reichszanler wandte sich darauf der Außenpolitik zu. Auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni sei noch keine Antwort eingegangen, auch nicht von England. (Hört, hört! rechts.) Selbst der Vorkriegsstand eines internationalen Schiedsgerichts habe keine gemeinschaftliche Basis bei den Alliierten geschaffen. Die Behandlung, die Deutschland seit dem Vertrag von Versailles erfahren habe, dauere in ähnlicher Form fort.

Die deutschen Reparationsangebote seien das Weltgegendichte, was jemals ein Volk angeboten habe. (Hört, hört!). Es wurde der ganz große Gedanke aufgegriffen, auch das Vermögen der Privatwirtschaft fahbar zu machen, um aus der wirtschaftlichen Aneidenschaft herauszukommen. Die Denkschrift der Reichsregierung über die beschämende Behandlung der deutschen Angebote sei ein Stück Weltgeschichte. (Hört, hört!). Niemals soll aber aufgegeben werden die Forderung der Wiederverfügung über das Ruhrgebiet und der Kampf um die Menschheitsrechte der Bevölkerung. (Lebhafte Zustimmung.)

Die deutsche Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist nicht beantwortet worden. Sie soll wiederholt werden. Erfreulich wäre es, wenn sie in Eid von den Beamten gefordert würde.

Unser ist der Boden dort, unser ist das Land, unser die Freiheit in diesem Lande! (Stürmischer Beifall.) Das war bisher und soll bis in alle Zukunft so bleiben. Frankreich hatte die Gelegenheit, Verhandlungsbereitschaft zu zeigen. Unser Wille ist der der Verständigung.

Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes. (Beifall.)

Der Reichszanler verweist auf die Erregung im Volke, die sich hier und da in verstärkter Form bemerkbar gemacht habe.

Fragen der Staatsform und Donatie müssen in der jetzigen Zeit dem Gesamtverständnis völlig fernstehen. Nötig war die Verlängerung des Ausnahmestatus. Es sollten Vorwände verhindert werden, die uns in den Krieg der Bürger gegen die Bürger hineindrängen. (Zuruf bei den Kommunisten: Bayern!)

Die Bewegung in Bayern,

die oft einen Marsch von München nach Berlin ankündigte, konnte an sich durchaus die Notwendigkeit haben, den Ausnahmestatus zu verhindern, um dieser Herr zu werden. (Abg. Kemmele (Komm.) ruft: Verlogenheit! Er erhält einen Einmündersbescheid der beiden Verbündungen sei nicht zweifelhaft. Die Reichsregierung steht vor dem Landesrecht. In Bayern soll es sich um ein nationales Mahnwort handeln. Aus diesem Grunde sei davon abgesehen worden, die

Aufhebung der bayerischen Verfügung zu fordern. Es sei zu hoffen, daß das Nebeneinanderhergehen der beiden Verfügungen möglich ist.

(Kärm bei den Kommunisten und Aufse: Kapitulation vor Bayern!) Es wäre eine falsche Staatspolitik, hier das Reich auszuspielen gegen Bayern, mit dem wir auch fernerhin zusammenarbeiten müssen. (Beifall.) Der Reichszanler wendet sich auch gegen die Kritik des „Völkischen Beobachters“ gegenüber dem General von Seekt. Das sei eine unverantwortliche Hebe, die jeder anständige Mensch verurteilen müsse. (Lebhafte Zustimmung.) Gegenüber den Verlesungen in Bayern solle man sich ein Beispiel nehmen, an der Art, wie sich im besetzten Gebiet der Gedanke der nationalen Einheit gezeigt habe, einmal in der Kundgebung in Köln und dann in der stillen Abwehr in Düsseldorf.

Weider führe man den Kampf gegen den Staat, weil man die Parteien nicht möge. Welche Partei regiere und welche Regierung, das sei Epitaph, ob aber das Deutsche Reich bleibe, das wird Epoche sein! Wenn verbrecherische Elemente glauben, durch Aufreizung und Gewalt gegen den Staat anrennen zu dürfen, so sei in diesem Treiben kein nationaler Gedanke zu sehen.

Der Reichszanler erinnerte im Zusammenhang damit an die Vorgänge in Kistrin. Die Reichswehr habe ihre Pflicht getan. Die Reichswehr müsse herausgelassen werden aus dem politischen Kampf, sie müsse sich selbst aus ihm heraushalten. (Kärm bei den Kommunisten.) Ihren Worten wird die Regierung auch die Tat folgen lassen.

Der Kanler besprach dann die finanziellen Verhältnisse.

Die Reichsmaßnahmen blieben in einer Riesensumme gegen die Ausgaben zurück, namentlich für die Unterhaltungen für das besetzte Gebiet. Tief einschneidende Steuern werden nötig. Die Schaffung eines werbeständigen Geldes sei im Wege. Die Länder sollen finanziell wieder selbständig gemacht werden. Das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Kommunen müsse grundlegend geändert werden. Die Länder sollen wieder voll verantwortlich für ihre eigenen Ausgaben gemacht werden und über ihre eigenen Einnahmen verfügen. Inzwischen werden die Mittel für die Länder kontingentiert, damit

äußerste Sparsamkeit erzielt werde.

Kein Gesetz soll mehr verabschiedet werden, das neue Lasten bringe, keine neuen Behörden und Beamten eingesetzt, keine neuen Verwaltungsarbeiten übernommen. Dazu gehört auch der Abbau der alten Gebiete und der jetzigen Verwaltung. Das sei die einmütige Auffassung des Kabinetts. Mit technischen Maßnahmen könne man den Währungsverfall nicht beheben. Wir müssen

ein neues Geld

schaffen und versuchen, die Wirtschaft zur Gesundung zu führen. Wenn es sich darum handele, die Wehrpflicht des Besitzes durchzuführen, so werde man, so rief der Kanler den Kommunisten zu, keine Veranlassung haben, ihn als einen Deuterteur vor dieser Idee hinzustellen. Seine Vorschläge für die unmittelbare Wehrgabe an das Deutsche Reich seien wohl das weltgegendichte, was jemals dem Volk als solchen angedeutet worden sei (Kärm bei den Kommunisten.) Erforderlich ist auch ein

Eingriff in die Preisbildung,

die über den Weltmarkt hinausgeht. Es geht nicht an, daß Konvention und Syndikat den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben so ausschalten, wie er jetzt ausgeschaltet werde. (Erneute Zustimmung.) Mit einer solchen Preisbildung von Konvention und Syndikat hätten wir nie den Weltmarkt erobert. Sie ist noch weniger in einer Zeit zu ertragen, wo wir vor einer ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit stehen. Wir werden auch an die Arbeiter- und Beamtenwirtschaft mit der

Forderung nach Mehrleistung

herantreten, die hofentlich in freier Vereinbarung erledigt oder auf dem Wege der Verordnung, wenn wir nicht sehenden Auges die Verelendung des deutschen Volkes zum Prinzip erheben wollen. (Kärm bei den Kommunisten.)

Kaum jemals hat ein Kabinett in schwerer Not die Führung der deutschen Politik übernommen. Es wird von ihm Entschuldigungen in Tagen gefordert, wofür man früher Monate Zeit hatte. Es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen, die aber

nicht durchgeführt werden können mit dem parlamentarischen Apparat,

wie er aufgezogen ist. (Hört, hört.) Herr von Gräfe, Sie haben so oft nach der Diktatur gerufen, daß Sie nicht berechtigt sind, Ihr „Hört, hört“ zu rufen. (Heiterkeit und Unruhe.) Der Reichstag muß der Regierung ein Ermächtigungsgesetz geben.

Der Reichszanler schließt: Der Belagerungszustand wurde verhängt wegen der zerstörenden Tendenzen. (Erneuter Kärm bei den Kommunisten.) Der Abg. Kemmele erhält zwei Ordnungsrufe.) Es ist ganz klar, daß der Belagerungszustand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Unabwennend tobender Kärm bei den Kommunisten. Aufse: Lüge.) Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Kärm bei den Kommunisten.)

Die Kommunisten und Deutschvölkischen fordern eine sofortige Aussprache über diese Regierungserklärung. Das Haus beschließt aber Vertagung bis Montag.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Aussprache über die Regierungserklärung. Ermächtigungsgesetz, Währungsbanf. Schluß 1/2 Uhr.

Krise des Parlamentarismus.

Wer in den letzten acht Tagen von Berusswegen genötigt war, den Vorgängen beizuwohnen, die sich in dieser Zeit im Reichstoge zu Berlin abspielten, dem erwacht die schwere Aufgabe, seine Gefühle zurückzustellen und seine Beobachtungen in den Rahmen objektiver und nüchternen Berichterstattung hineinzuzwingen. Viel lieber möchte er seinen Empfindungen freien Lauf lassen und schildern, wie Volkstretzer mit politischen Scheunflappen herumlaufen und nicht sehen, was draußen vorgeht, und wie die Mitglieder der Reichstagsfraktionen vor den Hüften der Parteibogenen sturzen und sie nicht zu überbringen wagen. Wie die Parteien pedantisch wie der Magister in der Schule die Tätigkeit ihrer Minister überwachen und befrichtigen, und wie ein elastischer, von Arbeitsfreudigkeit und sicherem politischem Instinkt besetzter Staatsmann über leichsinnig ihm in den Weg gerückte Hindernisse straucheln mußte. Krise der Großen Koalition und Krise des Parlamentarismus? In den Wandelgängen wurde in diesen Tagen manche Stimme laut, die mit Entschiedenheit die Notwendigkeit eines neuen, alle Zwiespälte zerklüftenden diktatorischen Regimes verkündete. Es gab Stunden, in denen man glauben mußte, daß tatsächlich der Parlamentarismus sich sein eigenes Grab schon geschaufelt hätte. Er scheint sich wieder erholt zu haben. Man muß ihn also, wohl oder übel, wieder in die Kalkulation aufnehmen. Man muß zu vergessen suchen, was er in dieser Zeit verschuldet hat: das Mitleid und den Spott des Auslandes, das das Schauspiel mit ansehen durfte, wie in der parlamentarischen Verretung eines sterbenden Volkes die Parteiämter geritten wurden und wie der Volksgeist im Westen das kostbare Stück des Reiches loszureißen bemüht ist, indes der Leiter der deutschen Politik gezwungen ist, kostbare Tage und Nächte nach neuen Ministern zu suchen, die, so wollen die Parteien, den Kanler nicht nach ihrem eigenen besten Wissen und Gewissen, sondern nach streng vorgeschriebenen Partieregeln zu unterrichten haben.

Wir müssen also, wie gesagt, mit dem Parlamentarismus rechnen und ihn deshalb aufmerksam betrachten. Jede kommende Regierung wird mehr oder weniger Rücksicht auf die stärkste Reichstagsfraktion, die B.S.P.D., nehmen müssen. Wie sieht es in dieser Partei aus? Der Beschluß ihrer Fraktion, dem Ermächtigungsgesetz in der von Stresemann gemünzten Form nicht zuzustimmen, wurde bekanntlich mit einer Mehrheit von 61 gegen 54 Stimmen gefaßt. Diese Mehrheit, die den Sturz des ersten Kabinetts Stresemann und damit eine der gefährlichsten Krisen des neuen Deutschlands bewirkte, ist eine Zufalls-mehrheit. Erst zwei Tage später wurde darauf hingewiesen, daß mehr als fünfzig Abgeordnete nicht anwesend waren, und es konnte zweifelsfrei festgestellt werden, daß gerade die radikalen Mitglieder der Fraktion, die bei jener Abstimmung die knappe Mehrheit von 7 Stimmen erhalten hatten, fast vollständig vertreten waren — die Abgeordneten aus Berlin, Sachsen und Thüringen —, während die Gemäßigten nur zum Teil vertreten waren. Das Bild verschob sich, je kleiner die Zahl der Abwesenden wurde. Allmählich hob sich scharf die um Prosenfeld und Levi gruppierte radikale Opposition ab, die schon immer gegen die große Koalition gewesen war und die auch diesmal durch vorsorglich bestellte Deputationen aus Berliner Vertriebenen und die Stimmung in der Fraktion und im Reichstoge überhaupt zu beeinflussen suchte. Sie wurde zur Widerherbe. Die Opposition ging in den Freitagsdebatten so weit, jede Zusammenarbeit mit Bürgerlichen überhaupt, also auch mit Demokraten und Zentrum abzulehnen, während die Mehrheit sich erneut auf den Boden der Großen Koalition stellte. Diese Tatsache zeigt, wie tief die Kluft zwischen den beiden Teilen der B.S.P.D., zwischen den alten Mehrheitssozialisten und den früheren Unabhängigen ist, die offenbar als je auf die Diktatur des Proletariats hinarbeiten. Der Auseinanderfall der Partei in diese beiden Teile scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Auch in anderen Parteien und Fraktionen machen sich Abspaltungstendenzen bemerkbar. Wird die Krisenluft weiterhin stark genug sein, durch Zufallsentscheidungen Regierung und Land zu gefährden? Oder werden der Kanler und seine neue Regierung stark genug sein, über fast allenthalben parlamentarischen Parteien brutal, aber unter dem Beifall des Volkes hinwegzuführen?

D. R. J.

Ein schwerer Vorwurf.

Die Führer der Gelsenkirchener Freien Gewerkschaften und der Parteivorstand der B. S. P. D. haben in einer Sitzung am Donnerstag die Ablehnung eines Schreibens an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Reichstagsfraktion der B. S. P. D. beschlossen, in dem zunächst an den Maßnahmen der Großindustrie nach Einstellung des Widerstandes scharf Kritik geübt wird. Der Großindustrie wird vorgeworfen, daß sie durch rücksichtslose Einschränkung der Arbeit mit dazu beitrage, ein Chaos herbeizuführen. Dann heißt es weiter: Politische Einsicht müsse gebieten, daß in der Übergangszeit von der Aufgabe des passiven Widerstandes bis zu normalen Produktionsverhältnissen die Existenz der Ruhrbevölkerung gesichert bleiben muß, soll die separatistische Bewegung nicht triumphieren. Dazu kommt die Unsicherheit der politischen Verhältnisse, durch die Kopflosigkeit und Energielosigkeit der Regierung hervorgerufen. Die Regierung beschränkt sich auf klingende Proklamationen, tut jedoch nichts Erhebliches, um die Reichseinheit durch die Wahrung der Reichsautorität zu verteidigen.

Wirtschafts- und Handelszeitung

Wirtschaftliche Rundschau.

Nach Aufgabe des passiven Widerstandes. — Die neuen Währungspläne und das Ausland. — Preissturz und Industriekrisis.

Deutschland steht im Zeichen der fürchtbaren Krisis, die wohl niemals über ein Volk hereinbrechen wird. Innerpolitische Krisis, Währungs- und Wirtschaftskrisis — wobei das Auge nicht überall Verwirrung, Unklarheit, Gesagte der Parteien und der Wirtschaftskreise. Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr ist zwar eine Quelle der Inflation, die Unterdrückung der Ruhrbevölkerung, ausgeschaltet worden, aber die Wiederaufnahme der Arbeit in diesem gewaltigen Gebiet steht sich turmhohen Schwierigkeiten gegenüber. Vor allem bedeuten die Anordnungen der französischen Besatzungsbehörden eine raffinierte Sabotage der Wiederaufnahme der Produktion, welche die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhr- und Rheingebiete unmöglich macht. Ungelöst ist auch die Frage, wie die Währungspläne der aufstapelten Vorräte an der Ruhr vor sich gehen soll. England bleibt weiter der unbedeutende Zuschauer. Man spricht zwar in London von großen Kreditoperationen für Deutschland, aber man unternimmt nichts Entscheidendes zu einer rationalen Lösung der Reparationsfrage. Frankreich aber sieht sich an, das Ruhrgebiet für sich auszunutzen. Der stärkste Hindernisgrund für finanzielle Hilfsmaßnahmen des Auslandes für das dem Abgrunde zutragende Deutschland ist, abgesehen von innerpolitischen Schwierigkeiten, in dem Widerstreben zu liegen, mit dem man überall jenseits der Grenzen die neuen deutschen Währungspläne verfolgt.

Interessant ist die Meldung aus zuverlässiger amerikanischer Quelle, daß man den Plan einer Dollarleihe an Deutschland rege diskutiert und die amerikanischen Banken bis zu 500 Millionen Dollar für eine solche Leihe, die durch Vermittlung des Völkerbundes begeben werden sollte, zu zeichnen bereit seien. Aber es scheint, daß Deutschland erst noch schlimmere Zeiten erleben muß, ehe es auf die unerlässliche Auslandshilfe rechnen kann, wie sie Österreich unter Leitung des holländischen Kommissars Zimmermann Anteil geworden ist. Es ist immerhin ein Lichtblick, daß dieser eine Wiederherstellung Deutschlands nach österreichischem Vorbild noch schneller für möglich hält, als er es in Wien erreicht hat, weil Deutschland überhaupt keine innere Schuld mehr besitzt und insofern günstiger als 1914 dasteht.

Der Streit um die neue Währung geht inzwischen in Deutschland weiter. Der Hauptfehler der neuen Währungspläne liegt darin, daß man nicht gleich an die Errichtung einer privaten Notenbank gegangen ist, sondern durch die Zwangsnotierung der Reichsmark nebeneinander drei Währungen schaffen will: die Papiermark als Scheidemünze, die Reichsmark und die Goldnote. Eine nachhaltige Ordnung der verzerrten Währungsverhältnisse und eine Rückkehr des Vertrauens wird nur eine private Notenbank bringen können, die von der Finanzanlage des Reiches unabhängig bleibt. Welche Unsicherheit die Reichsmark bringen müßte, geht schon daraus hervor, daß Regierung und Reichsbank immer von neuem das Umtauschverhältnis zwischen der Papiermark und der Reichsmark zum Zwecke des Umtausches bestimmen sollen. Dieses Umtauschverhältnis wird sich immer nach dem jeweiligen Stande der Goldmark auf Basis des jeweiligen Dollarkurses richten. So wird man sie beständig von der Papiermark auf die Reichsmark und von dieser auf die Goldmark einrichten müssen. Warum will man da nicht gleich von der Papiermark zur Goldmark übergehen, da doch der Wert der Reichsmark schließlich doch von der Goldmark abhängig sein wird? Einen internationalen Kredit wird die Reichsmark kaum erlangen, sie wird aber die Gefahr in sich schließen, daß auch diese Währung wieder unter Umständen zur Stützung des Volkes im Reichsgebiet benutzt wird.

Zwischen nehmen die Devisenkurse weiter ihren fallenden Weg nach oben. Auch die letzte Markstützungssaktion war wieder ein Mißerfolg. Manche Preise sind auf den vorübergehenden Rückgang des Dollars einige Tage lang zurückgegangen. Aber sehr bald setzte die Preisrückwärts von neuem in umso fürchterlicherem Umfange ein. In den letzten Tagen sind sogar manche Preise wesentlich schneller gestiegen als der Dollar. Dadurch macht die Ueberbreitung der Weltmarktpreise neue Fortschritte und der Export geht immer weiter zurück. Da der Auslandsmarkt mit seiner wachsenden Kaufkraft keinen Erlös für den Rückgang des Exportgeschäftes bietet, das auch unter der verschärften Konkurrenz des Auslandes zu leiden hat, so wird in den meisten Betrieben nur noch an drei Tagen gearbeitet. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich außerordentlich verschärft. Einermachen ausreichend ist die Beschäftigung in der Fabrikation von Spezialmaschinen und in manchen Eisenbahnmaterialien. Die Reinigung von Stilllegungen und Reparatur wird auch durch die Schwierigkeit der Beschaffung der unzureichenden Summen für Lohnzahlungen vermindert. Angesichts dieser Produktionsbeschränkungen sollte weniger der Ruf nach Erhöhung der Arbeitszeit, als der Ruf nach vermehrter Arbeitsleistung ertönen. Erhöhung und vermehrte Intensität der Arbeitsleistung muß den Hauptpunkt eines jeden Wirtschaftsprogramms bilden!

Die Börsenwoche.

Die Börse steht im Zeichen einer hochgradigen Vertiefung. Man lasse sich durch die gewaltigen Kurssteigerungen in Papierprozenten nicht täuschen. Bietet man die Devisensteigerung und die dadurch bedingte Geldentwertung zum Vergleich heran, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die letzten Börsentage den Effektbesitzern nicht nur kleine Gewinne, sondern empfindliche Verluste, Verluste an ihrer Substanz, gebracht haben. Die Börsenleute, die schon längst die Bewegungen der Effektenkurse in Gold umrechnen,

oder genauer gesagt, die Steigerungen in Papierprozenten nach der Devisenbewegung berechnen, sind sich darüber im Klaren. Aber in den Kreisen des Publikums rechnet man vielfach noch immer falsch, man freut sich über die großen Kurssteigerungen, ohne zu bedenken, daß die Goldentwertung neuerdings weit größere Schritte macht, als die Effektenkurse. Die Börsenpekulation ist über diese Erscheinung sehr verblüfft. Sie gilt ihr vielfach als ein ungünstiges Omen für die Kursentwicklung nach Einführung der Rechnung in Goldprozenten. Sollte man bisher gerade an der Börse von einer Rückkehr zur Notierung in Goldprozenten sich eine neue starke Aufwärtsbewegung versprochen, weil diese Notierungsart einen rechnerisch niedrigen Stand der meisten Effekten in Goldprozenten erweitert werde, so neigt man jetzt vielfach der entgegengesetzten Anschauung an. Man rechnet damit, daß die herausziehende Industriekrisis und die dunkle Zukunft Deutschlands die Notwendigkeit in sich schließen könnte, bei einem Vergleich mit den Friedensgoldkursen sehr große Beiträge zu machen.

Tragen schon Erwägungen dieser Art zur Zurückhaltung bei, so wurde die nervöse Unsicherheit noch durch die Auspützung der innerpolitischen Lage sowie durch die Beobachtung verstärkt, daß für Steuerabgaben und für die Aufbringung der Röhre immer wieder Effektenliquidationen vorgenommen werden. Die ungünstige Wirtschaftslage hat eben zur Folge gehabt, daß vielfach von der Substanz gezehrt werden muß. Dabei hat die Geldnotwendigkeit an der Börse, die in der Vorwoche vielfach zu Zwangsliquidationen unter schweren Kurseinbußen geführt hatte, fast einen Geldschwund Platz gemacht. Freilich haben die noch immer hohen Zinssätze und die Einführung werbeständiger Kredite die Durchhaltung von auf Kredit gekauften Wertpapieren sehr erleichtert. Trotz der Zurückhaltung und der oben erwähnten Bedenken der Börse hat die Kaufkraft für Effekten in der letzten Zeit wieder zugenommen. Man hofft eben, daß die Effekten doch eines Tages wenigstens einen Teil des Sprunges der Devisen nach oben einholen werden. Außerdem bemerkt man neuerdings wieder größere Auslandskäufe. Das Ausland beurteilt zwar die Wirtschaftslage Deutschlands im allgemeinen recht ungünstig, aber die neue scharfe Devisenkurse ist für die valutarischen Ausländer doch ein neuer starker Anreiz zum Ankauf deutscher Wertpapiere zu lächerlich billigen Kursen für Valutalieferer geworden. Als besonders bemerkenswert ist die Tatsache zu buchen, daß während die Industriepapiere nicht im entferntesten gleichen Schritt mit der Devisensteigerung hielten, die Valutapapiere fast durchweg die Devisensteigerung noch übertrafen. Mit anderen Worten: man kann im Ausland diese Papiere billiger kaufen, als in Deutschland. Der deutsche Käufer hat aber den Vorteil, daß er diese Valutawerte mit der fast wertlos gewordenen Papiermark erwerben kann. Neben der Anziehung in die Valutawerte gehen von dem bemerkenswerten Ereignis der letzten Tage die Bevorzugung aller bayerischen Papiere, nicht nur in Bezug auf die Renten, sondern auch in Bezug auf Bankaktien und Industriepapiere. Bevorzugt waren ferner die sogenannten Halbvalutawerte, die Aktien von Gesellschaften, die auch bei dem ungünstigen Stande des deutschen Exportes noch immer reichliche Valutagewinne einheimen, so die Schiffahrtspapiere, die chemischen Werte und die Petroleumwerte. Bei den letzteren wählten Papiere sprach man auch von neuen großen Geschäften. Im Bankaktienmarkt fanden wieder Barmer Bankverein auf französische Käufe die Beachtung. In den österreichischen Bankaktien hatten die Auslandskäufe an.

Die Lage an den Waren- u. Produktenmärkten.

Andauernde feste Tendenz.

K. Mannheim, 5. Okt.

Getreide und Produkten. Angeregt durch die unbefriedigende Ernteberichte aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas, nahmen die Getreidemarkte in Chicagoer sowohl als auch in New York einen festen Verlauf. Die Weizenpreise erfahren eine Besserung um 2 1/2 c, Roggen um 1 1/2 c, Hafer um 1/2 c und Mais um 3/4 c, und zwar alles an der Chicagoer Börse, während die Preise in New York für roten Winterweizen um 2 1/2 c und für Hard-Winterweizen um 2 1/2 c profitierten. Mais stieg in New York um 5/8 c. Für deutsche Rechnung wurde eine Partie Manitoba I, seeschwimmend, aus zweiter Hand, zum Preise von 11,72 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam erworben. Ferner lagen Offerten vor in Manitoba I, erste Hälfte Oktober abladbar, zu 11,60, desgl. per Oktober zu 11,57, desgl. November 11,60 und Dezember 11,70 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Manitoba II, auf Abladung per Oktober war zu 11,37, November 11,40, Dezember 11,47, seeschwimmend 11,55, Manitoba III, seeschwimmend 11,20, Manitoba IV, Oktober, 80,90, Hardwinter II, erste Hälfte Oktober 11,77, Oktober 11,80, Redwinter II, Oktober, 10,85, Mixed-Durum II, seeschwimmend, 11,55, Barletta Russo, 78 kg schwer, seeschwimmend, 11,10 und Rosario Santafe, 78 kg, seeschwimmend, zu 11,45 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam, angeboten. In Roggen lagen Offerten vor in Western Rye per Oktober zu 8,70, desgl. seeschwimmend zu 8,75 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Ferner war offeriert eine Partie Western Rye in Rotterdam disponibel, zu 9,20 hfl. die 100 kg, bordfrei Rotterdam. Gehandelt wurde eine Partie Plata-Roggen, 74 kg schwer, seeschwimmend, zu 8,50 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Hafer, der ziemlich ruhig lag, wurde vom Ausland, soweit uns bekannt, nicht gehandelt. Offerten lagen vor in Canada-Western-Hafer III, seeschwimmend, zu 10,25 Lichter-Übernahme und per Dezemberabladung zu 10,22 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Gerste hatte festen Markt; gehandelt wurde Donaugerste, 61/62 kg schwer, seeschwimmend, zu 8,40 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Ferner lagen

Angebote vor in Donaugerste, 60/61 kg, seeschwimmend, zu 8,42 hfl. die 100 kg, seeschwimmend, zu 9,20, 69/70 kg schwer, 3 Prozent Besatz, zu 9,05 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Für Western Barley III, Oktober-Verschiffung verlangte man 8,85 und für IV 8,52 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. In Mais fand lebhaftes Geschäft statt. Gallox-Mais wurde zu 50 französischen Franken die 100 kg, Cif Rotterdam gehandelt. Ferner fanden Aufnahme einige Partien Cellow-Mais, seeschwimmend, zu 9,05 und 9,07 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam. Für Bessarabien-Mais, seeschwimmend, forderte man 60 franz. Franken, für Plata-Mais, seeschwimmend, 9,15 hfl. die 100 kg, Cif Rotterdam.

An den süddeutschen Märkten war die Stimmung die ganze Woche hindurch fest; die Preisbewegung war infolge der andauernden Steigerung der fremden Zahlungsmittel nach oben gerichtet. Umsätze fanden aber nur wenig statt, da wegen der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sowohl auf Seiten der Käufer, als auch der Verkäufer Zurückhaltung beobachtet wurde. Der Rücktritt des Kabinetts Stresemann bestärkte die Warenbesitzer in ihrer Zurückhaltung, und der Handel entschloß sich nur dann seine Ware gegen die deutsche Mark einzutauschen, wenn er sich durch Geldmangel dazu gezwungen sah.

An der Mannheimer Börse sind die Preise für alle Produkte stark gestiegen und stellen sich heute in Milliarden Mark per 100 kg, bahnhof Mannheim: Weizen 1,7—1,9 (in der Vorwoche 0,65—0,75 Milliarden Mark), Roggen 1,4—1,5 (0,55—0,58), Gerste 1,3—1,6 (0,58—0,62), Hafer 1,3—1,5 (0,57—0,58).

Futtermittel waren denselben Hausmotive unterworfen wie Getreide. Auch hier richtete sich die Preisbewegung nach dem Stand der Devisen, und die Verkäufer entschlossen sich nur bei Geldbedarf zum Verkauf. Das Geschäft war klein. Für Weizenkleie forderte man zuletzt 750—800 Millionen Mark (i. V. 275—265), Biertreber und Malzkeime 700—750 (270—275), und für Rapskuchen 875—900 Millionen Mark für die 100 kg, Frachtparität Mannheim. Für Rauhutter bestand Nachfrage, die aber nur schwer befriedigt werden konnte, da keine Verkäufer am Markte waren.

Mehl lag bei stark steigenden Preisen sehr fest. Die direkten Mühlenforderungen stellen sich heute auf 4 Milliarden (in der Vorwoche 1—1,3 Milliarden), während die zweite Hand heute 3,7 bis 3,8 (0,8—0,95 Milliarden Mark, ab süddeutschen Mühlenstationen fordert. Für Roggenmehl bestand infolge des baldigen Abbaus der Brotbäckerei erhöhte Interesse, und die Preise sind bis auf 2,8—3,2 (0,87—0,90) Milliarden Mark für die 100 kg, Frachtparität Mannheim gestiegen. An der gestrigen Börse wurde eine Partie Roggenmehl freihändig verkauft; der Zuschlag erfolgte zu 2,6 Milliarden Mark per 100 kg, ab Ludwigs-hafen a. Rh.

Tabak. An verschiedenen Gundiplätzen wurden Sandgruppen von den Pflanzern zu 1,2 bis 2,7 Milliarden Mark per Zentner verkauft; es handelt sich in diesen Fällen größtenteils um feuchte Ware, die ein Dekalo bis zu 50 Prozent aufweisen werden. Von alten Tabaken gingen einige Hundert Zentner in der Preisliste von 2,5—3 Milliarden Mark in Hände von Vergärerfirmen über. Die neue Ernte ist noch nicht ganz eingebracht, dürfte aber in dieser Woche wohl noch ganz unter Dach gebracht werden. Die Nachfrage nach alten Tabaken ist ständig reger, doch scheitern Abschlüsse an den hohen Preisforderungen. Rippen liegen fest. Für Pfälzer Rippen verlangt man 12—13 c, und für feine überseeische Rippen 15 c, per Zentner. Die Beschäftigung in der Zigarrenindustrie hat infolge der hohen Preise nachgelassen, während diese in der Rauchtobak-Fabrikation befriedigend ist.

Häute und Leder. Die Lage ist im allgemeinen fest, doch hält sich die Geschäftstätigkeit in engen Grenzen, weil der Konsum im Einkauf, wegen der hohen Preise, zurückhaltend ist. Die Grundpreise, die auf Dollarbasis gestellt sind, haben keine Aenderung erfahren. Die Schuhfabriken sind im Einkauf ebenfalls zurückhaltend, da sie zum Teil nur während 20—32 Stunden in der Woche arbeiten.

Die Lage am Kaffeemarkt.

Die Unsicherheit der politischen Lage, sowie die katastrophale Marktwertung ließen auch in der abgelaufenen Berichtwoche kein nennenswertes Geschäft in verzollten Kaffees aufkommen. Es fand nur ein kleines Bedarfsgeschäft statt. Der Weltmarkt zeigte eine ausgesprochen feste Tendenz; Brasilien hat seine Forderungen erhöht, und diese bewegen sich einige Shillinge über Angebote aus zweiter Hand.

Das Goldzollauflage beträgt für die Zeit vom 6. bis 9. Oktober 6 689 999 900 Prozent (1 Goldzollmark = 66 900 000 Papiermark) was bei einem Grundzoll von 65 Pfg. einem Zollsatz von Mark 43 485 000 für 1 Pfund Rohkaffee entspricht.

Letzte Notierungen je nach Qualität und Beschreibung bei einem Kurse von M. 2 600 000 000 für 1 £ Sterling: Santos (super, bis extra-pr.) M. 84 500 000 (sh. 65/- p. 50 kg) bis M. 101 400 000 (sh. 78/- p. 50 kg), gewaschene Zentralamerikaner M. 110 500 000 (sh. 85/- p. 50 kg), bis M. 130 000 000 (sh. 100/- p. 50 kg) per 1/2 Kilo, roh, unverzollt, ab Lager Hamburg. Zollsatz vom 3. bis 5. Oktober M. 23 400 000 für 1 Pfund Rohkaffee; vom 6. bis 9. Oktober M. 43 485 000 für 1 Pfd. Rohkaffee. (Mitgeteilt von der Firma Morris A. Heß G. m. b. H., Hamburg 8).

Berliner Produktenbörse.

w. Berlin, 6. Okt. Als mittags die Devisenkurse nach der vorangegangenen scharfen Steigerung eine Abschwächung erfuhren, konnten auch am Produktenmarkt die vorher in die Höhe gesetzten Preise nicht aufrecht erhalten werden. Immerhin überstiegen die heutigen Notierungen noch erheblich den gestrigen Stand. Das Inland hält angesichts der Unsicherheit der politischen Lage und wegen der schwankenden Devisenkurse weiterhin mit Angebot zurück. Für Roggen bestand wieder infolge vermehrter Käufe der Reichsgetreide-

stelle beträchtliches Begehrt. Auch Weizen wurde zu den bedeutend erhöhten Preisen viel gekauft. Dagegen zeigte sich für Gerste und Hafer weniger Interesse, wiewohl natürlich die Preise ebenfalls bedeutend höher genannt wurden. Mehl stieg bei allseitiger Nachfrage sehr bedeutend.

Berlin, 6. Okt. Märkischer Weizen 900—990 bis 970, Tendenz steigend. Märkischer Roggen 860 bis 905, Tendenz steigend. Sommergerste 850 bis 880, Tendenz steigend. Märkischer Hafer 780 bis 800, Pommerscher Hafer 770—880, Tendenz fest aber still. Weizenmehl 3200—3700, Tendenz steigend. Roggenmehl 3100—3400, Tendenz steigend. Weizenkleie 425, 450, Tendenz steigend. Roggenkleie 425—450, Tendenz steigend. Rapskuchen 675—700. Nichtamtliche Rauhutternotierungen ab Station p. 50 kg. Weizen- u. Roggenstroh, drahtgepreß. 53—55, Haferstroh, drahtgepreß 52—53, Roggen- und Weizenstroh, bindfadengepreß 30—32, Heu, gutes 45—49.

Vom Devisenmarkt.

Dollar 800—750.

w. Berlin, 6. Okt. Unter dem Druck der innerpolitischen Lage erfuhren die Devisenkurse vormittags in Fortsetzung der gestrigen Aufwärtsbewegung bei starkem Begehrt und mangelndem Angebot wieder eine sehr starke Steigerung, wobei der Dollar über 800 hinausging. Später machte sich eine allgemeine Zurückhaltung geltend, zumal Hoffnung auf eine Klärung der innerpolitischen Lage bestand. Die Kurse bröckelten langsam ab bei sehr geringen Umsätzen. Der Dollar wurde um 12 Uhr mit etwa 750 Millionen genannt.

Möbelfabrik Gebrüder Himmelheber A.-G., die seit 1857 bestehende Firma wurde mit einem Kapital von 100 Millionen in eine A.-G. umgewandelt. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt die Fabrikanten Gustav und Heinrich Himmelheber. Der Aufsichtsrat besteht aus Konsul Carl Himmelheber, Fabrikdirektor, Dr. Rich. Knittel-Karlsruhe und Bankdirektor Warnecke (Süddeutsche Diskontogesellschaft)-Karlsruhe. Der Fabrikationsbetrieb wird in unveränderter Weise fortgeführt, das Unternehmen ist auf längere Zeit hinaus gut beschäftigt.

Zur Frankfurter Börse wurden zugelassen M. 80 Millionen neue Stammaktien der Wayß & Freytag A.-G., M. 180 Mill. neue Aktien der Rhein. Creditbank Mannheim.

Badische Landesgewerbebank A.-G. Unter dieser Firma wurde mit dem Sitz in Karlsruhe ein neues Bankunternehmen gegründet, das satzungsgemäß unter Fortführung der Hinterlegungskasse der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. die Pflege des Bankgeschäftes besonders zur Wahrnehmung der Interessen von Handwerk und Gewerbe zum Zweck hat. An der Gründung sind hauptsächlich beteiligt: die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. und die Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk, Karlsruhe. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 1 050 000 000 Mark und zwar 1 Milliarde Stammaktien, die in Stücken zu 10 000, 5000 und 1000 Mark ausgegeben werden, und 50 Millionen Vorzugsaktien, die mit 12fachem beschränktem Stimmrecht ausgestattet sind. Zu Vorstandsmitgliedern wurden bestellt: Direktor Loes und Direktor Sonner, Karlsruhe. Die Geschäftsräume sind in dem Gebäude der Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G., Karlsruhe (Kaiserallee 4) untergebracht.

Die Kohlenpreise. Vom Reichskohlenverband und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates wurden seitens der Sydikate keine Preisänderungen gestellt. Die bisherigen Goldmarkpreise bleiben daher unverändert.

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe.

Holland	250000	335000
Schweiz	115000	152000
Paris	39000	50500
Belgien	33000	42500
London	3000000	3900000
Newyork	650000	850000
Italien	30000	39000

Tendenz: sehr fest.

Auswärtige Devisenmärkte.

Mark in Zürich am 6. Oktober: 0,0000085 Cts. = 1 Fr. 117 647 058 Mark. Ein englisches Pfund in Paris am 6. Oktober: 76,25—77,25 Frs. gegen 77—77,25 Frs. am 5. Oktober.

Unnotierte Werte:

Alles in Millionen Mark.			
Wir waren vor-	Kauf.	Ver-	Ver-
abläufig	abläufig	kauft.	kauft.
Adler Kall	13000	18000	Landeswirtschafts-
Apf	12000	13000	stelle für das Ba-
Bad. Motorikomo-			dische Handwerk
tivwerke	2500	3000	Melland Chem.
Baldur	250		Meurer Spritzmetall
Becker Steinkohle	1600	1800	Montinger Brauerei
Becker Stahl	1800	2200	Offenbrg. Spinnerei
Benx	5000		Pax, Industrie- und
Brown Boveri	2300	2800	Handels-A.G.
Deutsche Lastauto	4000	5000	Petersbrg. Int.
Deutsche Petroleum	16000		Rastatter Waggon
Germania Linoleum	1200	1400	Rodi & Wienberg
Grindler Ölgerren	450	500	Schubank
Großkraftwerk			Schuvag
Württemberg	850		Sichel
Hansa Lloyd			Stoman
Heldburg-Vorz.-Akt.	48000	55000	abakhandels-A.G.
Inag	6000		Teichgraber
Itokraftwerke	1800	2200	Textil Meyer
Kabel Rheyt	3800	3500	Turbo-Motoren
Karstadt-Aktien	2300		Ufa
Knorr	3500		Zuckerwaren Speck
Krügershall	12000	14000	

Wertbeständige Anlagen in Millionen Mark das Stück	
5% Badische Kohlenwert-Anleihe	3800
5% Mannheimer Kohlenwert-Anleihe	3600
5% Sächsische Braunkohlenwert-Anleihe	400
5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	—
7% Neckarwerke-Goldanleihe	—
5% Preussische Kall-Anleihe pro 100 kg	1000
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	700
5% Süddeutsche Festwertbank-Oblig.	480

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets coulant Käufer und Verkäufer.

Baer & Elend, Bankgeschäft
Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 26, Telefon 223, 226, 459

